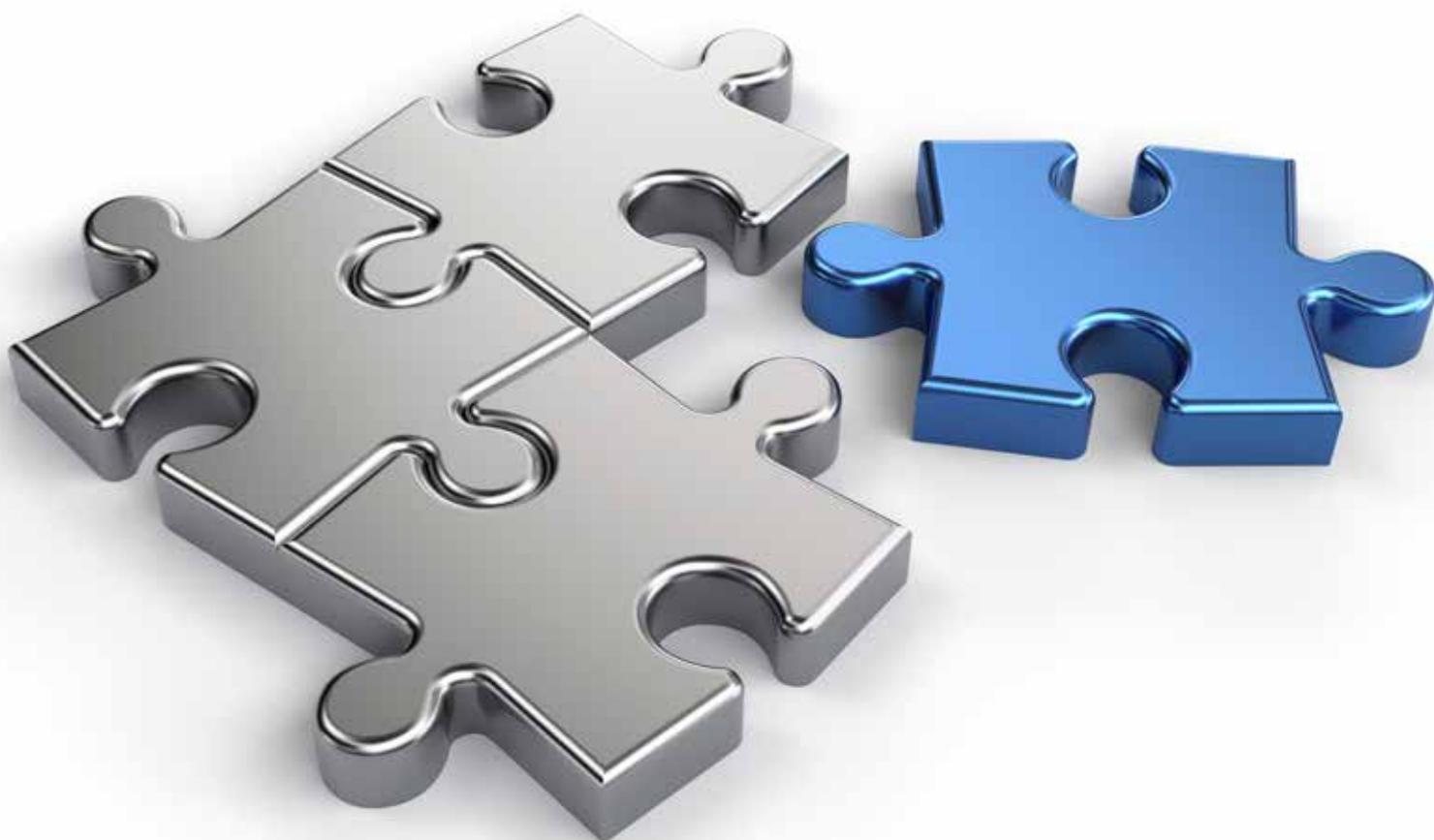


CDUinform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Integration gestalten

Strategien zur Integration aus der Sicht von Praktikern



Aktuelles:
*Eine Zeitreise von Verdun
über Schengen nach Europa*

Kreistag:
Kreishaus wird aufgestockt



Opjepass

Holger Müller zu den
Landtagswahlen



Europa in Gefahr

Herbert Reul zu den
aktuellen Verhandlungen



NRW-Bildungspolitik

Rainer Deppe zur Position
der Landtagsfraktion



Kreuzfahrten



Flugreisen



Mehrtagesreisen



Tagesfahrten



Reisehoteline: ☎ (0 22 02) 9 36 95 20

*Fordern Sie unseren
Jubiläumskatalog
noch heute an!*



25
JAHRE

CDU STUDIEN-
UND BEGEGNUNGS-
REISEN

www.cdureisen.de

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Telefon: (0 22 02) 9 36 95 20
Telefax: (0 22 02) 9 36 95 21
E-Mail: info@cdureisen.de

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

in der letzten Woche vor den Osterferien berichtete Frank-Jürgen Weise in der CDU-Landtagsfraktion über den aktuellen Stand bei der Bearbeitung der Asylverfahren. Innerhalb weniger Monate hat der „Doppel-Vorsitzende“ als Chef der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge es geschafft, die Abläufe so zu organisieren, dass Asylverfahren schnell, effizient und rechtsstaatlich korrekt durchgeführt werden können.

Das BAMF ist in diesem Jahr in der Lage, eine Million. Asylanträge abschließend zu entscheiden. Die ehemals durchschnittliche Bearbeitungszeit von 18 Monaten ist inzwischen halbiert und wird unter ein halbes Jahr sinken. So zügig geht es in keinem anderen Land in Europa.

Vor wenigen Monaten noch schienen mehr sichere Herkunftsländer undenkbar. Seitdem die Westbalkanstaaten zu solchen erklärt wurden, machen Flüchtlinge aus diesen Ländern, nur noch eine verschwindend geringe Zahl aus.

Rückführungen nach Marokko, Algerien und Tunesien seien nicht möglich, hieß es noch im Januar. Diese Länder würden sich weigern, ihre Landsleute wieder aufzunehmen. Jetzt hat der Bundesinnenminister die notwendigen Rückführungsvereinbarungen unter Dach und Fach.

Die Vereinbarungen mit dem Nato-Partner Türkei zur Eindämmung der Schleuserkriminalität, zur Rücknahme von illegal eingereisten Flüchtlingen und zur geordneten Aufnahme sind getroffen. Sie werden jetzt in die Tat umgesetzt.

Das alles haben wir schon geschafft.

Die gerechte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU wird eine weitere Herkulesaufgabe. Sie muss gelingen. Oder glauben unsere europäischen Partner allen Ernstes, dass Europa, der Kontinent der Freiheit und Menschenrechte, entlang seiner Außen- und Binnengrenzen Flüchtlingslager wie in Idomeni auf Dauer unterhalten und ertragen wird? Und Schießbefehle à la AfD haben wir mit den Abriss der Berliner Mauer abgeschafft.

Auch das werden wir schaffen.

Hunderttausende Helfer, vielleicht sogar mehr als eine Million, leisten dankenswerter Weise das, was kein Staatsapparat leisten



kann: menschliche Betreuung und Hilfe bei der Integration. Ihre Leistung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie prägen das Bild und Ansehen Deutschlands. Vor allem aber sind diese Menschen unverzichtbare Vorbilder, die im direkten Kontakt stilbildend vorleben, was wir unter einem friedlichen und toleranten Zusammenleben verstehen. Auch viele Mitglieder unserer Kreispartei engagieren sich hier in vorbildlicher Weise. Spracherwerb, Arbeit, eine eigene Wohnung sind Grundvoraussetzungen für Integration. Gelingen wird sie allerdings nur, wenn die Zuwanderer unsere Leitkultur und Werte, die unsere Gesellschaft ausmachen, anerkennen und für sich selbst bejahen.

Das müssen wir schaffen.

Kaum ein Land verfügt über eine so großartige Ehrenamtskultur in allen Bereichen der Gesellschaft wie wir Deutschen. Gerade wir in der CDU als der Partei des Ehrenamtes wissen um diesen Wert und unterstützen das freiwillige Engagement. Ehrenamtliche gehören gerade nicht zu den Schwarzsehern und Pessimisten, die übrigens noch nie mit konkreten Lösungsvorschlägen gepunktet haben. Sie sind vielmehr die realistischen

und anpackenden Optimisten - genau die Menschen, die unsere Gesellschaft tragen.

Niemand verkennt, dass Europa und Deutschland vor einer großen und schwierigen Herausforderung stehen. Sollten wir davor kapitulieren? Nein. Mit deutscher Gründlichkeit, mit unserem Rechtsstaat, mit dem Organisationstalent und mit dem gerade in Krisensituationen immer wieder vorbildlichen Zusammenhalt haben wir bisher alles geschafft. Warum eigentlich dieses Mal nicht?

Natürlich schaffen wir das.

*Herzliche Grüße
v. Rainer Deppe*



Rainer Deppe
ist Kreisvorsitzender der
CDU und Landtagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis

IMPRESSUM

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union
(CDU) Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: (0 22 02) 9 36 95-0

Telefax: (0 22 02) 9 36 95-22

E-Mail: redaktion@cduinform.de

Web: www.cduinform.de und www.cdurbk.de

Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.),
Lennart Höring (lh/Layout),
Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)

Weitere Autoren: Dr. Katharina Bischof (kb),
Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe, Doro Dietsch (dd),
Hans-Reinhold Drümmer (hrd), Diego Faßnacht (df),
Birgit Fort (bf), Janina Ganzer-Hensel (ngh), Sascha
Inderwisch (si), Wilhelm Laufenberg (wl), Holger Müller
(hm), Herbert Reul, Sebastian Seidel (ses), Maurice
Winter (mw), Hans-Gerd Wunderlich (hgw)

Satz/Layout: Lennart Höring

Titelbild: Shutterstock

Druck/Versand: Heider Druck GmbH,
Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach

Anzeigen: Thomas Frank (Ltg.)

Auflage: 5.000 Exemplare

Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss:

27. Juni 2016

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt

ISSN: 2193-3960 (Print)



PEFC zertifiziert

Das verwendete Papier stammt aus nachhaltig
bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten
Quellen.

www.pefc.de

Die CDU in sozialen Netzwerken:

[f /cdurbk](https://www.facebook.com/cdurbk) [@cdurbk](https://www.instagram.com/cdurbk) [You Tube /cdurbk](https://www.youtube.com/cdurbk)

---Anzeige---

Treffpunkt im Herzen der Stadt

**Bürgerhaus
Bergischer Löwe**

- * Schauspiel & Komödie
- * Operette & Konzert
- * Kindertheater & Musicals
- * Märkte & Messen
- * Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket

Theaterkasse Bergischer Löwe

Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr
Tel: 02202 / 38 999 Fax: 02202 / 294655
theaterkasse@bergischerloewe.de
www.bergischerloewe.de

Titelthema: Integration gestalten



08 | Flüchtlingspolitik ist mehr als nur Innenpolitik

Uwe Pakendorf

10 | Was tun, damit Integration gelingt

Sieben Praktiker über die alltägliche Situation vor Ort

Kolumne

03 | Mein Zeitmanagement

Rainer Deppe

Aktuelles

04 | Wer an Europa zweifelt

Uwe Pakendorf

News und Namen

06 | Ehrungen

Holger und Achim Müller

06 | Wir packen Zukunftsaufgaben an

Laschet beim Politischen Aschermittwoch

07 | Abteilungsleiter Polizei

Wallmeroth im Kreisvorstand

07 | Wie können wir gesund leben?

Reul berät Max-Planck-Institut in Köln

07 | Ehrungen

Dehler und Hemker ausgezeichnet

Kreistag

15 | Kreishaus wird aufgestockt

Holger Müller

13 | Kreisdirektor wiedergewählt

Holger Müller

Parlamente

16 | Bundestagswahlkreise

Wolfgang Bosbach

16 | Opjepass!

Holger Müller

15 | Europa in Gefahr

Herbert Reul

16 | Bildung

Rainer Deppe

Union News

18 | Starkes Europa

JU Leichlingen

18 | Norbert Blüm zu Gast

CDU Leichlingen

18 | Neujahrsempfang mit di Fabio

CDU Bergisch Gladbach

19 | Neuer Vorstand

JU Leichlingen

19 | Bergische Runde

JU Rheinisch-Bergischer Kreis

19 | Neuer Vorstand

JU Bergisch Gladbach

19 | EAK-Krippentour

EAK Rheinisch-Bergischer Kreis

20 | Herbert Reul beim Mittwochstreff

Senioren-Union Bergisch Gladbach

21 | Deutsch ist wie Lego

MIT Rheinisch-Bergischer Kreis

21 | Firmenbesuch bei Pakulla

MIT Rheinisch-Bergischer Kreis

22 | Karneval in Köln

Frauen-Union Rheinisch-Bergischer Kreis

22 | 50% Politik - 50% Party

JU Rheinisch-Bergischer Kreis

22 | Besuch im Landtag

Senioren-Union Overath

22 | Vorstand neu gewählt

Senioren-Union Rösrath

23 | Faszination Chemie

Senioren-Union Bergisch Gladbach

23 | Mitglieder werben Mitglieder

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis

Rubriken

02 | Inhalt / Impressum

14 | Termine

Deutschland auf Erfolgskurs

Steigende Löhne und Renten

Mehr Geld für Familien

Null Euro neue Schulden

Rekordinvestitionen in Bildung und Forschung

Rekordbeschäftigung

Mehr über den Erfolgskurs der CDU-geführten Bundesregierung:
cdu.de/bilanz

CDU

Sur ce cimetière militaire français se sont rencontrés le 22 septembre 1944
 pour la première fois dans l'histoire des deux peuples
 le Président de la République Française et le Chancelier Allemand
 avec une pensée commune pour les morts des deux guerres mondiales
 ils ont déposé des couronnes et déclaré:
 "NOUS NOUS SOMMES RECONCILIÉS, NOUS NOUS SOMMES COMME
 NOUS SOMMES DEVENUS AMIS."

FRANÇOIS MITTERRAND

HELMUT KOHL

AUF DIESEM FRANZÖSISCHEN SOLDATENFRIEDHOF TRAFEN SICH AM 22. SEPTEMBER 1944
 ZUM ERSTEN MAL IN DER GESCHICHTE DER BEIDEN VÖLKER
 DER FRANZÖSISCHE STAATSPRÄSIDENT UND DER DEUTSCHE BUNDESKANZLER
 SIE LEGTEN IM GEMEINSAMEN GEDENKEN AN DIE TOTEN
 BEIDER WELTKRIEGE KRÄNZE NIEDER UND ERKLÄRTEN:
 "WIR HABEN UNS VERSÖHNT, WIR HABEN UNS VERSTÄNDIGT."
 WIR SIND FREUNDE GEWORDEN."

FRANÇOIS MITTERRAND

HELMUT KOHL

„Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen!“

(Jean-Claude Juncker)

von Uwe Pakendorf

Der Name der französischen Stadt Verdun ist zum Sinnbild der ersten industrialisierten Schlacht des Ersten Weltkriegs geworden, in der 700.000 deutsche, französische und britische Soldaten ihr Leben verloren – eine Schlacht, die zum Symbol der Sinnlosigkeit des Stellungskrieges, wenn nicht des Krieges an sich, geworden ist. Am 21. Februar 2016 hat sich der Beginn der Schlacht zum 100sten mal gejährt. Ein Moment inne zu halten, vor der Dimension der Ereignisse:

Aus 1220 Geschützen begann die deutsche Offensive bei Verdun, deren Frontlinie nach ersten Geländegewinnen schon nach wenigen Tagen zum Stillstand kam. Die Schlachten um die Stellungen mit den Namen „Toter Mann“ und „Höhe 304“ der Märztag haben sich in das Geschichtsbewusstsein wegen ihrer Brutalität und vermeintlicher militärischer Erfolge eingebrannt. Bereits im April 1916 lautete jedoch

Das Bild der minutenlang Hand in Hand vor dem Beinhaus verharrenden Staatsmänner hat sich ins kollektive Gedächtnis beider Nationen eingebrannt.

die Parole im Kaiserreich: „Im Westen nichts Neues“. Nach einem wechselseitigen Hin und Her ohne herausragende strategische Geländegewinne endete die Schlacht schließlich im Dezember 1916 – circa 370.000 französische und 335.000 deutsche Menschenleben später.

Ein weiteres Datum hat sich im vergangenen Jahr zum dreißigsten Mal gejährt. Nur etwas mehr als 100 Kilometer weiter östlich von Verdun und durch den westlichen Arm des Jakobsweges direkt miteinander verbunden, liegt der beschauliche Grenzort Schengen im heutigen Dreiländereck zwischen Luxemburg, Frankreich und Deutschland.

Der luxemburgische Grenzort Schengen steht heute, 30 Jahre später, nach Abschluss des nach dem Ort benannten Abkommens für ein Europa ohne Grenzkontrollen. Was am 14. Juni 1985 mit dem ersten Schengener Abkommen zwischen Frankreich, den Benelux-Staaten und Deutschland begann, hat sich bis auf Großbritannien und Irland in mehreren

Erweiterungsschritten auf die gesamte Europäische Union (die jüngsten Mitglieder Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Zypern stoßen zukünftig dazu) und sogar darüber hinaus auf die Schweiz, Lichtenstein, Norwegen und Island ausgedehnt.

Inhaltlich begann es mit dem Abbau der Personenkontrollen zwischen den ersten fünf Gründerstaaten. Gleichzeitig sollten die Außengrenzen besser geschützt werden. Dazu wurden später einheitliche Standards festgelegt und ein elektronischer Fahndungsverbund (Schengener Informationssystem - SIS) geschaffen. Angehörigen von Drittstaaten wird die Einreise in den so genannten Schengen-Raum verweigert, wenn kein Schengen-Visum vorhanden ist.

Beide Ereignisse haben auf den ersten Blick nur wenig miteinander zu tun. Doch der Eindruck täuscht. Neun Monate vor der Unterzeichnung des ersten Schengener Abkommens kam es in Verdun zu einem weiteren denkwürdigen Augenblick. Am 22. September 1984 trafen Helmut Kohl und

François Mitterrand im strömenden Regen vor das Beinhaus des ehemaligen Forts Douaumont – einer der erbittertesten Schauplätze der Schlacht von Verdun, an dem 150.000 französische Soldaten zu Grabe getragen wurden. Beide Politiker hatten Beziehungen zu dem Ort des Schreckens. Mitterrand wurde im Zweiten Weltkrieg auf jener berühmten Höhe 304 durch einen Tieffliegerangriff verwundet und geriet in deutsche Kriegsgefangenschaft. Der Vater und der Onkel von Helmut Kohl kämpften in der Schlacht von Verdun im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite.

Das Bild der minutenlang Hand in Hand vor dem Beinhaus verharrenden Staatsmänner hat sich ins kollektive Gedächtnis beider Nationen eingebrannt. Und nicht nur das. In Verdun haben nicht nur Kohl und Mitterrand zueinander gefunden. Von dieser neuen deutsch-französischen Freundschaft wurde viel erwartet. Gerade in der Zeit des Kalten Krieges, in der die Großmächte ständig aufrüsteten, war

das Treffen vor den Gräbern zweier Weltkriege ein Signal der Friedenssehnsucht.

Eine Folge der neuen deutsch-französischen Kooperation war es, dass Kohl und Mitterrand den inneren Ausbau der Europäischen Gemeinschaft vorantrieben. Die Europäische Akte, die 1985 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Europäischen Binnenmarkt war, war eine Folge einer Freundschaft, die an einem der blutigsten Kriegsschauplätze der Geschichte aufgefrischt wurde. Eine weitere Folge war das erste Schengener Abkommen, das in demselben Zeitraum fällt.

Und heute, 100 Jahre nach der Schlacht von Verdun, wird genau diese geschichtliche Evolution trotz der bitteren Erfahrung zweier Weltkriege wieder in Frage gestellt – durch erneute Kriege, Unruhen und eine Fluchtbewegung ausgelöst durch Staaten außerhalb der Europäischen Union. Was sollte die Lehre aus dieser Geschichte sein? Ein erneutes Aufbauen von Grenzkontrollen? Ein dauerhaftes Aufsetzen des Schengen-Abkommens oder noch radikaler: eine Rückkehr zum Nationalstaatsprinzip?

100 Jahre nach Verdun steht Europa zweifelsohne vor gewaltigen Herausforderungen. Die Flüchtlingskrise braucht eine endliche Perspektive. Aber dieses Ende darf auf keinen Fall ein Rückfall in Zeiten vor 1985 sein – nicht nur aus wirtschaftspolitischen Gründen. Wir brauchen ein Europa im tiefsten Sinne des Schengener Abkommens. Ein Europa mit freien Binnengrenzen sowie mit festen und gesicherten Außengrenzen.

All denjenigen, die die Zeit zurückdrehen wollen, kann ich nur mit den Worten von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zurufen: „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen!“ Am Besten bei einer Wanderung auf dem Jakobsweg von Schengen nach Verdun! ■



Uwe Pakendorf

ist stellv. Kreisvorsitzender,
 CDUinform-Redaktionsleiter,
 Vorsitzender der CDU Rösraht
 und Kreistagsabgeordneter

Müller ausgezeichnet (I)

Die Kreissparkasse Köln hat bereits am 14. Dezember 2015 unter anderem Holger Müller für besonderen Verdienste mit der Dr.-Johann-Christian-Eberle-Medaille ausgezeichnet. Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, nahm die Auszeichnung persönlich vor. Müller wurde für über 25-jährige Mitgliedschaft im Verwaltungsrats der Kreissparkasse Köln ausgezeichnet. Er ist darüber hinaus langjährig dessen stellvertretender Vorsitzender.

Die Dr.-Johann-Christian-Eberle-Medaille ist die höchste Auszeichnung des deutschen Sparkassenwesens. Sie wird ausschließlich an Persönlichkeiten verliehen, die sich über einen langen Zeitraum als Verwaltungsrat einer Sparkasse engagiert haben und sich darüber hinaus im besonderen Maße um die Sparkassen-Finanzgruppe verdient gemacht haben. (tf)



Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Holger Müller Mdl., Empfänger der Eberle-Medaille, Christa Peters, weitere Empfängerin der Eberle-Medaille, Michael Kreuzberg, Verwaltungsratsvorsitzender der Kreissparkasse Köln und Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Alexander Wüerst, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Köln (v.l.n.r.)

Müller ausgezeichnet (II)



Dem langjährigen Rösrather CDU-Ratsmitglied Achim Müller wurde wegen seiner besonderen Verdienste um den Fussballsport

eine besondere Ehrung zu teil. Auf dem diesjährigen Kreisschiedsrichtertag zeichneten ihn der Vorsitzende des Verbandsschiedsrichterausschusses, der Vorsitzende des Kreisschiedsrichterausschusses und der Kreisvorsitzende mit der Goldenen Ehrennadel des Fußballverbandes Mittelrhein aus. Müller, seit 1969 im Verein, war aktiver Spieler in der Jugend und bei den Senioren, viele Jahre im Vorstand und ist bis heute Schiedsrichter. (tf)

Wir packen die Zukunftsaufgaben an!

Armin Laschet beim Politischen Aschermittwoch

Unser Hauptredner war in diesem Jahr der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet. Er warf den Fokus auf die Landespolitik und gab das klare Ziel vor: „Ich möchte, dass wir den Bayern auch einmal sagen können, dass wir in einer Disziplin erster sind. Ob bei der Verbrechensbekämpfung, bei der Pisa-Erhebung oder dem Breitbandausbau - es kann nicht sein, dass wir bei allen wichtigen Fragen im Ländervergleich immer ganz hinten sind.“

Zuvor zeichnete Laschet eine klare Perspektive auf, wie die CDU unser Bundesland Nordrhein-Westfalen in den Fragen der Innen-,

Bergisch Gladbach bis 2040 einen Zuwachs von 4 % voraus. Rösrath (12 %), Leichlingen (7 %), Overath (3 %) werden wachsen. Demgegenüber werden Wermelskirchen (-16 %), Burscheid (-11%), Kürten (-6 %), Odenthal (-3 %) schrumpfen. Wir brauchen einen Landesentwicklungsplan und einen Regionalplan, die uns ausreichend Spielraum verschaffen, um auf diese Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Unser Nahverkehrskonzept muss jetzt schrittweise verwirklicht werden. Schon heute sind die Verkehrswege mehr als überlastet. Wir wollen insbesondere den



CDU-Kreisvorsitzender Rainer Deppe mit dem CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet

Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik wieder an die Spitze bringen will.

Traditionell ist der Aschermittwoch für unsere Kreispartei immer auch ein Tag der Standortbestimmung. Thema Nr. 1 ist der Breitbandausbau. Für Firmen ist genauso wie für die Privathaushalte flächendeckendes schnelles Internet unverzichtbar. Dank der Förderung der Bundesregierung wird unser Landrat in diesem Sommer ein aktuelles Kataster fertigstellen. So wie wir gegen die Rosinenpickerei der Telekommunikationskonzerne sind, so wäre es genauso ein Riesenfehler, wenn jeder egoistisch nur auf seine eigene Straße, den eigenen Ortsteil oder die eigene Stadt schauen würde.

Wir werden eine kräftige Bevölkerungsentwicklung erleben. Die jüngste Bevölkerungsvorausberechnung des Landes sieht für

Schieneverkehr stärken. Dazu brauchen wir ganz besonders die Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten vom PKW und von Bussen auf die Schiene. Dort, wo es möglich ist und wo die Kommunen mitziehen, wollen wir die Haltestellen und Bahnhöfe zu leistungsfähigen Umsteigepunkten machen. Kommunal Finanzen. Dabei darf die Landesregierung uns finanziell nicht weiter austrocknen. 100 Mio. EUR an verloren gegangenen Schlüsselzuweisungen kosten unsere Kommunen 7 Jahre rotgrüne Landesregierung. Jetzt droht über die Flüchtlingskosten eine weitere Verschiebung der Mittel in die Großstädte. Für das Jahr 2015 haben die Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis gerade mal 41 % der Kosten vom Land erstattet bekommen. 100 % waren versprochen. Wir erwarten, dass die Landesregierung ihre Zusage einhält. ■

Terminankündigung

Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen oder Kandidaten für die Landtagswahl 2017
Samstag, 2. Juli 2016, 11 Uhr
Bürgerhaus Steinbreche GL-Refrath

Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidatin oder des Kandidaten für die Bundestagswahl 2017
Freitag, 4. November 2016, 18 Uhr
Schulzentrum Odenthal

Neuer Abteilungsleiter der Polizei im CDU-Kreisvorstand

Der neue Abteilungsleiter der Polizei im Rheinisch-Bergischen Kreis, Polizeidirektor Gerhard Wallmeroth, war in der März Sitzung des erweiterten Kreisvorstands zu Gast. Neben der Vorstellung der eigenen Person berichtete Wallmeroth zum Thema „Innere Sicherheit im Rheinisch-Bergischen Kreis“. Große Probleme gäbe es nach wie vor bei der Einbruchskriminalität, weil der Kreis aufgrund der geographischen Lage und der Bevölkerungsstruktur sehr attraktiv für professionell agierende Verbrecherbanden sei. Andererseits sei der Rheinisch-Bergische

Kreis mit einer Häufigkeitszahl von 5.200 Straftaten pro 100.000 Einwohnern deutlich besser als NRW mit über 8.000 Straftaten, was als Hinweis auf eine relative sichere Lage zu verstehen sei. Auch die Gewaltkriminalität sei weiterhin abnehmend, insbesondere im öffentlichen Raum. Ein Anstieg von gemeldeten Fällen gäbe es im Privaten, also bei der häuslichen Gewalt. Der Kreisvorsitzende Rainer Deppe bedankte für die Arbeit der Polizei und betonte die Solidarität der CDU mit allen im Polizeidienst tätigen Personen. (tf)



Kreisvorsitzender Rainer Deppe freut sich über die gute Diskussion mit Gerhard Wallmeroth, dem neuen „Polizeichef“ im Kreis.

Ehrung (III)

Im Rahmen der diesjährigen „Ehrung verdienter Bürgerinnen und Bürger“ des Rheinisch-Bergischen Kreises wurden auch die CDU-Mitglieder Klaus Dehler aus Bergisch Gladbach und Josef Hemker aus Overath geehrt. Dehler wurde für seine Verdienste im sozialen Bereich für sein Engagement für das Haus der Jugend in Moitzfeld sowie seine Tätigkeit als Notfallseelsorger ausgezeichnet; Hemker aufgrund seines Engagements in der Kultur. Lan-



Klaus Dehler mit Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke.

ge Jahre brachte er sich im Heiligenhauser Karneval als Sitzungspräsident und Prinzenführer ein. CDUinform gratuliert sehr herzlich und dankt für den großartigen ehrenamtlichen Einsatz für das Allgemeinwohl. (tf)



Rainer Deppe (li.) und Uwe Pakendorf (3.v.l.) mit Geehrten, darunter CDU-Mitglied Josef Hemker (re.).

Herbert Reul berät Max-Planck-Institute in Köln

Wie können wir lange und gesund leben? Welche Rolle spielen dabei unsere Gene? Wie kann Tierschutz und innovative Forschung miteinander vereinbart werden? Diesen und vielen weiteren spannenden Fragen gehen die Max-Planck-Institute in Köln-Lindenthal nach. In enger Kooperation haben nun – acht Jahre nach der Aufnahme der Forschungsaktivität – die Institute für Biologie des Alterns und für Stoffwechselforschung ein gemeinsames Kuratorium ins Leben gerufen. Das Kuratorium soll einen verbesserten Austausch zwischen Wissenschaft, Bevölkerung und Politik bieten und gleichzeitig eine beratende Funktion erfüllen.

Zu den 10 Mitgliedern des Kuratoriums

gehört auch der Europaabgeordnete Herbert Reul, der im Europäischen Parlament Mitglied des Ausschusses für Forschung, Energie und Industrie ist. Bei seinem Besuch der Institute am 12. Februar wurde die Arbeit der beiden Abteilung vorgestellt.

Für Herbert Reul stellt die Ernennung und die Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern eine direkte und wichtige Verbindung zwischen seiner parlamentarischen Aktivität im Europäischen Parlament und der Forschung vor Ort dar: „In Brüssel diskutieren wir über Forschungspolitik, in den Max-Planck-Instituten in Köln wird spannende Forschungsarbeit geleistet! Es war ein erster interessanter Austausch mit Prof. Dr. Adam

Antebi und Dr. Ursula Lichtenberg von den beiden MPIs sowie Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB, und Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes, MdB. Ich freue mich auf die weitere Arbeit!“ (ngh)



v.l.n.r.: Herbert Reul, Dr. Ursula Lichtenberg, Prof. Dr. Adam Antebi, Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes und Prof. Dr. Heribert Hirte (Bild: Büro Reul)



Flüchtlingspolitik ist mehr als Innenpolitik

von Uwe Pakendorf

„Unordnung“, „Chaos“, „Gefahr der Überforderung“ – so ist seit „U“ Monaten über die Auswirkungen der extrem hohen Flüchtlingszahlen auf die deutsche Innenpolitik zu hören und zu lesen. Mediale Berichterstattung und öffentliche Debatten zu Migration, Asyl- und Flüchtlingspolitik werden nicht selten von Hysterie, Übertreibungen und Fatalismus geprägt. Dass jedoch die innenpolitische Lage schon seit geraumer Zeit sehr ernst ist, wird trotzdem niemand bezweifeln.

Eine rein innenpolitische Sicht der Flüchtlingspolitik ist eine Farce

Auch für die reiche und wohlgeordnete Bundesrepublik Deutschland ist es dauerhaft unmöglich, täglich mehrere Tausend neue Flüchtlinge aufzunehmen. Eine Reduzierung des Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland hängt jedoch entscheidend von Kontingenten zur Verteilung der Asylbewerber innerhalb der Europäischen Union, der gemeinsamen Sicherung der EU-Außengrenzen, erfolgreichen Verhandlungen mit der Türkei, intensiverer Hilfe für Jordanien und Libanon sowie vor allem einer dauerhaften Befriedung der Lage in Syrien ab. Viele Bürger erwarten aber offenbar dennoch Lösungen von der nationalen Politik. Hier liegt das entscheidende Dilemma: die innenpolitischen Instrumente zur wirksamen Eindämmung der Flüchtlingszahlen sind sehr begrenzt. Mit nationaler Politik werden sich die Probleme nicht lösen lassen. Wie kaum ein Ereignis zuvor führen uns die Flüchtlingsströme derzeit täglich die Aufhebung der klassischen Abgrenzungen zwischen Innen- und Außenpolitik und die geringer gewordenen Steuerungsmöglichkeiten des Nationalstaats vor Augen.

Viele Gesetzesänderungen: Verfahrensbeschleunigungen, Reduzierung von Abschiebungshemmnissen, Begrenzung des Familiennachzugs

Dennoch ist unter dem Druck der Flüchtlingszahlen in der deutschen Innenpolitik enorm viel geleistet worden. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden sehr schnell neue Stellen

geschaffen. Bereits zur Jahreshälfte 2015 hatte das BAMF mehr Entscheidungen über den Status von Asylbewerbern getroffen als im gesamten Jahr 2014. Die Dauer der Verfahren wurde bereits im ersten Asylpaket deutlich verkürzt, was angesichts der gestiegenen Anzahl abgeschlossener Verfahren eine große Leistung darstellt. Im Asylpaket II wurden jüngst weitere Verfahrensbeschleunigungen beschlossen – insbesondere bei der Einreichung von Klagen gegen abgelehnte Asylverfahren. Sogwirkungen für Wirtschaftsmigranten wie z. B. Barauszahlungen von Taschengeldern sollten durch Kompromisse zwischen Bund und Ländern eingedämmt werden. Die Umsetzung scheidet aber vornehmlich an den rotgrünen Landesregierungen, die in Berlin ebenjenen Vorschlägen zugestimmt hatten. Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern werden sich künftig bis zum Abschluss ihres Verfahrens, das meist mit der Abschiebung endet, in Erstaufnahmeeinrichtungen aufhalten müssen. Auch Montenegro, Albanien und Kosovo wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt – Tunesien, Algerien und Marokko werden bald folgen. Abschiebungen können künftig nur noch für maximal drei Monate ausgesetzt werden. Der Bund unterstützt die Länder bei den Abschiebungen durch die Bundespolizei, die dafür 3.000 zusätzliche Stellen erhält.

Oft legen abgelehnte Asylbewerber ärztliche Atteste vor, um ihre Abschiebung zu verhindern. Um einem Missbrauch von Attesten entgegenzuwirken, wurden konkrete Anforderungen dafür festgeschrieben. Eine Abschiebung kann nun auch dann durchgeführt werden, wenn die medizinische Versorgung im Zielstaat nicht gleichwertig mit der Versorgung in Deutschland ist. Außerdem werden nur noch lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankungen, die sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern würden, berücksichtigt. Zudem können häufig Personen nicht abgeschoben werden, weil sie keine Papiere besitzen. Für die Passersatzbeschaffung wird aktuell eine neue Organisation geschaffen, welche die Bundespolizei entlasten und die Länder bei der Abschiebung effektiver unterstützen soll.

Die meisten dieser Regelungen wären noch vor Kurzem kaum öffentlich auszusprechen, geschweige denn innenpolitisch durchsetzbar

gewesen. Die Innenpolitik in Deutschland reagierte nach übereinstimmender Auffassung vieler Experten erst spät, aber dann deutlich auf die Situation. Im komplexen System der Verteilung der Zuständigkeiten bei gleichzeitig sehr verschiedenen Regierungskoalitionen in Bund und Ländern sind Kompromisse gefunden worden. Dieser Umstand sollte nicht unterschätzt werden. Durch die Beteiligungspflichten des Bundesrats und die Koalitionskonstellationen waren neben der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bund immer auch Grüne und Linke aus den Ländern an der Kompromissfindung beteiligt. Das engt die Entscheidungsspielräume für die unionsgeführte Bundesregierung strukturell ein und verzögert Entscheidungsprozesse.

Regelungen brauchen Zeit, um Wirkung zu entfalten

Neue Gesetze, Stellenaufstockungen, Verbesserung von Verfahren – all diese Regelungen brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Nach den Kompromissen zwischen Bund und Ländern und den umfangreichen Gesetzesänderungen wird es zunächst darauf ankommen, dass die politisch Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und Bund nicht fortwährend weitergehende Forderungen aufstellen, sondern zunächst die konsequente Umsetzung der beschlossenen Regelungen voranbringen. Unter Beobachtung der Auswirkungen sollten diese dann schrittweise weiterentwickelt werden. Nur dadurch entsteht die Chance, im Rahmen der rechtsstaatlichen Verfahren wieder mehr Ruhe und Ordnung in die Situation zu bringen.

Wie leicht rechtsstaatliche Verfahren an ihre Grenzen gelangen können, zeigte sich in den vergangenen Monaten. Wenn nach der Aussetzung des Dublin-Verfahrens immer mehr Asylbewerber ohne Pässe ankommen und viele sich in der Hoffnung auf schnelle Anerkennung als Syrer ausgeben, kommt man an aufwändigen Verfahren zur Identitätsfeststellung und sorgfältigen Einzelfallprüfungen auf keinen Fall vorbei. Beschleunigung und Vereinfachung haben hier Grenzen, wenn es gerade darum gehen soll, das Asylsystem nicht durch Wirtschaftsmigranten ausnutzbar zu machen.

Vertrauensbildung durch strikte Einhaltung der Gesetze

Eine weitere Entlastung der Situation wird es jedoch nur mit einer stringenteren Abschiebep Praxis der Bundesländer und insbesondere bei uns in Nordrhein-Westfalen geben. Vielerorts hatte man in den vergangenen Jahren stillschweigend von Abschiebungen abgesehen. Sie sind für die Länder teuer und unbeliebt sowie mit Vollzugsproblemen behaftet. Aber konsequente Abschiebungen sind Ausdruck des Rechtsstaats. Das spürbare Unbehagen in Teilen der Bevölkerung über die Flucht- und Asylpolitik steht auch in Bezug zum Vertrauen in den Rechtsstaat. Die eigenen Gesetze müssen in Deutschland strikt eingehalten werden – nur so lässt sich verloren gegangenes Vertrauen wieder stärken.

Im Oktober 2015 sind die Regelungen zur Abschiebung verschärft worden. Abgelehnte Asylbewerber, die der Aufforderung zur Ausreise nicht freiwillig nachkommen, erhalten keine finanziellen Mittel mehr. Es ist gut, dass wichtige Amts- und Mandatsträger eine Anerkennungskultur für die zahlreichen Ehrenamtlichen anmahnen, die in der Flüchtlingshilfe Großartiges leisten. Aber auch die Polizisten und Beamten, die das deutsche Recht durchsetzen und die Abschiebungen vornehmen, verdienen öffentliche Anerkennung.

Das Asylrecht ist kein Recht auf Einwanderung

Asylverfahren sollen nicht zur Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt führen. Das Asylrecht ist kein Recht auf Einwanderung. Die beschriebenen innenpolitischen Maßnahmen haben im Verlauf des Jahres 2015 dazu geführt, dass die Zahl der Einreisenden aus den Ländern des Westbalkans spürbar gesunken ist. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen und der eingeschränkten Spielräume der nationalen Politik ist es richtig, dass zwischen Bund und Ländern die verstärkte Gewährung von subsidiärem Schutz ohne Familiennachzug umgesetzt wurde. In jedem Fall können in der aktuellen Situation Familienzusammenführungen nicht die höchste Priorität genießen. Die konsequente Umsetzung der Verschärfungen bei Rückführungen und

Leistungsgewährungen sowie der Beschleunigung der Verfahren hat jetzt Vorrang. Gleichzeitig kann die Verbesserung der technischen Systeme, IT-Unterstützung und Vernetzung zur Ordnung beitragen. Die Diskussionen zur Einführung eines einheitlichen Flüchtlingsausweises, der die Identitätsfeststellung und Kontrolle erleichtert sowie Voraussetzung für die Gewährung von Sach- und Geldleistungen darstellt, ist der richtige Weg. Der Rechtsstaat muss sicherstellen, dass er weiß, wie viele Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge sich in Deutschland befinden und wo sie sich aufhalten.

Ängsten durch klare Rechtsanwendung entgegenwirken

Die hohe Zahl der Neuzuwanderer ist eine Herausforderung für die innere Sicherheit.

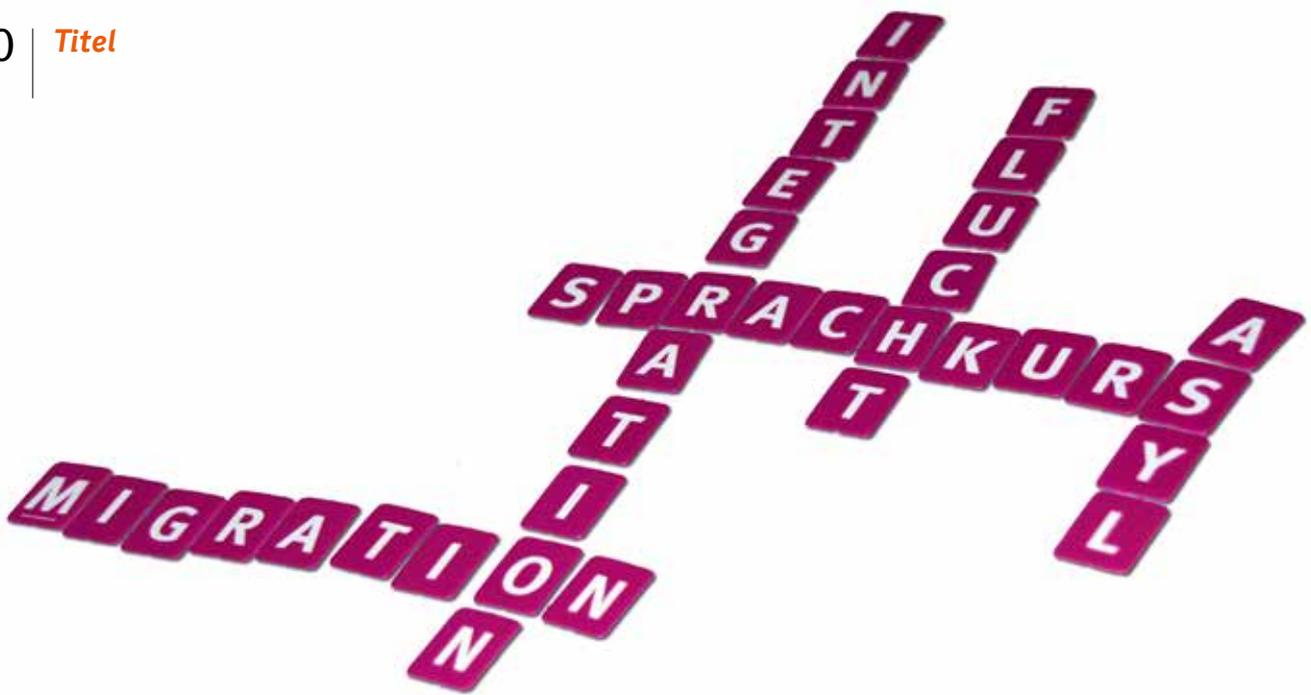
Die Kriminalität durch Flüchtlinge ist seit der Silvesternacht in den Fokus geraten und stellt eine Herausforderung dar, die nur durch eine schnelle und strikte Anwendung des Straf- und Asylrechts beantwortet werden kann. Die Kriminalität im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften steigt jedoch erwiesenermaßen nicht an. Das aktuelle Lagebild des Bundeskriminalamts bestätigt diese Trendaussage. Allerdings nimmt die Kriminalität in den überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen seit einiger Zeit stark zu. Dabei geht es vor allem um Raub, Eigentumsdelikte und Körperverletzung. Innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen ergeben sich große Schwierigkeiten für die polizeiliche Strafverfolgung – das haben auch die jüngsten Ereignisse in Burscheid gezeigt. Häufig muss die Polizei in einer Konfliktsituation unterschiedliche Gruppen von Flüchtlingen auseinanderhalten und kommt dabei an Belastungsgrenzen. Vor allem aber gab es seit Anfang 2015 schon mehr als 800 Übergriffe auf Einrichtungen für Asylbewerber. Gewaltstraftaten, Propagandadelikte und Sachbeschädigungen, bei denen das Bundeskriminalamt rechte Hintergründe vermutet, sind sprunghaft angestiegen.

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland besteht zu 90 Prozent aus Männern. Fast ein Drittel von ihnen sind 18 Jahre alt oder jünger. Zwei Drittel von ihnen sind Muslime. Eine gelingende Integration derjenigen mit Bleibeperspektive in Deutschland könnte zweifellos Potenziale freisetzen. Gleichzeitig muss man sich jedoch bewusst sein, dass stark belegte Unterkünfte, zu lange Dauer von Verfahren, die Duldung vor Flüchtlingsgruppen mit ausschließlich wirtschaftlichen Motiven und Versäumnisse bei der Integration im Zeitverlauf für Polizei und Sicherheitsbehörden zwangsläufig zu ernststen Herausforderungen führen.

Bisher gibt es nur wenige Erkenntnisse darüber, ob Terroristen als „Flüchtlinge“ nach Deutschland einsickern. Zwar sind durch die Attentate von Paris einzelne Fälle bekannt geworden, ein massenhafter Terroristenstrom unter den waghalsigen und langwierigen Flüchtlingsstrecks scheint jedoch unwahrscheinlich. Umso wichtiger ist es, durch konsequente Identitätsfeststellung und staatliche Kontrolle eine klare Informationslage darüber herzustellen, wer nach Deutschland kommt, aus welchen Ländern die Flüchtlinge stammen und wo sie sich befinden. Dies ist der einzige Weg, um Ängsten und tatsächlichen Bedrohungen entgegenzuwirken.

Keine Verkündung rein nationaler Scheinlösungen

Die Beispiele zeigen, dass eine wirklich erfolgreiche innenpolitische Bearbeitung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik nur dann möglich ist, wenn zur Lösung der Probleme zuallererst europapolitische Einigungen gemeinsam mit internationalen Partnern erzielt werden. Bis dahin wird es weiter darauf ankommen, die rechtsstaatliche Ordnung durchzusetzen. Vor allem aber sollte sich die Innenpolitik – insbesondere in den Bundesländern – nicht zur Verkündung von rein nationalen Scheinlösungen verleiten lassen. Diese würden sicherlich zwar kurzzeitig auf breite Zustimmung stoßen. Mit der wachsenden Erkenntnis der Bürger, dass rein innenpolitische Ansätze die Flüchtlingsströme nicht wirksam werden verringern können, würden die politisch Handelnden schnell an Legitimation verlieren. Für Populisten und Extremisten werden dadurch große Einfallstore geöffnet. ■



Was tun, damit Integration gelingt?

Nachdem es im vergangenen Jahr in allererster Linie darum ging, Obdachlosigkeit zu verhindern, steht nun die weitaus langfristige und auch für die Zukunft unseres Landes entscheidende Phase der sogenannten „Flüchtlingskrise“ auf der Agenda aller politischen Ebenen: die Integration der zu uns geflohenen Menschen. Klar ist, dass diese Aufgabe eine solch große Dimension und Komplexität aufweist, dass weder einfache Rezepte noch schnelle Antworten zu geben sind. Umso wichtiger ist es für uns, Menschen zu Wort kommen zu lassen, die sich aufgrund ihrer täglichen haupt- und ehrenamtlichen Arbeit in und mit der Flüchtlingsarbeit auseinandersetzen, um von ihren Erfahrungen zu lernen. Es gilt, Gutes voranzutreiben, Fehler als diese zu erkennen und zu benennen, um daraus Rückschlüsse für die politische Arbeit zu ziehen. Für diese Ausgabe hat CDUinform mit „Praktikern“ gesprochen, um Denkanstöße für die wichtige und notwendige gesellschaftliche Debatte zu liefern.

Die Fragen stellten **Dr. Katharina Bischof, Thomas Frank und Uwe Pakendorf**

Unsere Polizei zeigt täglich in allen großen Einrichtungen Präsenz.

Wie sehen die täglichen Erfahrungen unserer Polizeibeamten vor Ort in den unterschiedlichen Flüchtlingseinrichtungen aus? Es ist leider immer häufiger in der Lokalzeitung von Großen insätzen auch in unserem Kreis zu lesen.

Unsere Polizeibeamten suchen alle größeren Flüchtlingseinrichtungen des Kreises täglich auf. Daneben werden sie täglich aufgrund von Auseinandersetzungen in einzelnen Unterkünften tätig. Dabei mussten in verschiedenen Fällen mehrere Streifenwagen eingesetzt werden, da eine größere Anzahl von Personen in Streit geraten war. Die Belastung der eingesetzten Beamten ist aufgrund der Sprachprobleme und den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit größeren Personengruppen erheblich und ansteigend mit der Zahl der Zuwanderer.

Welche Strategie verfolgt die Kreispolizeibehörde in diesem Zusammenhang?

Durch die tägliche Präsenz will die Polizei aktuelle Entwicklungen frühzeitig erkennen, indem ein ständiger Kontakt zum Betreuungspersonal und den Zuwanderern gepflegt wird. Zudem sollen die Zuwanderer die deutsche Polizei als positiven Ansprechpartner und Garant für Sicherheit kennenlernen. Auch für die Anwohner dient die polizeiliche Präsenz dem subjektiven Sicherheitsgefühl.

Die Polizei steht aber auch für ein konsequentes Einschreiten und

die Durchführung strafprozessualer Maßnahmen beim Vorliegen von Straftaten.

Welche Rahmenbedingungen müssen aus polizeilicher Sicht vor Ort in den Kommunen gelten, damit ein friedliches Zusammenleben in den Einrichtungen und auch eine Integration der Flüchtlinge in das Sozialgefüge möglich ist?

Diese Frage ist nicht von der Polizei zu beantworten. Erkennbar ist jedoch aus polizeilicher Sicht, dass Unterkünfte mit einer größeren Anzahl von Personen, die keinen persönlichen Rückzugsraum ermöglichen, zu Konflikten beitragen. ■

Gerhard Wallmeroth

ist Abteilungsleiter Polizei bei der Kreispolizeibehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises in Bergisch Gladbach.



„Die Arbeitsbelastung in den kommunalen Ämtern ist durch die Flüchtlinge stark angestiegen!“

Laut der Easy-Statistik des BAMF sind im Jahr 2015 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. 2014 waren es etwas mehr als 200.000. Wie hat sich der Arbeitsalltag in den Sozialämtern verändert?

Durch die stark gestiegene Flüchtlingszahl können z.B. Ausländerbehörden, Sozialämter und Wohnungsämter, ihren Personalbedarf nicht dauerhaft decken. Da nur die wenigsten Städte und Gemeinden diesen Personalbedarf eigenständig lösen können, entsteht bei den Kommunen Konkurrenzdruck bei der Anwerbung von neuem Personal.

Auch eine Überlastung der Mitarbeiter mit daraus resultierenden Fehlern oder auch Krankheitsausfällen können als Folge dieser Situation verstanden werden, zumal neben dem eigenen Arbeitsgebiet auch neue Mitarbeiter angelernt und eingearbeitet werden müssen. Angesichts der hohen Arbeitsbelastung und des sensiblen Metiers, habe ich hohe Achtung vor jedem, der in diesem Bereich arbeitet.

Wie haben sich die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den letzten Jahren entwickelt?

Die erste große Veränderung war der Beschluss, Menschen, die nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten, dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) gleichzustellen, während vorher die Vorbezugszeit bei 48 Monaten ab Antragstellung galt. Zweitens darf mittlerweile jeder zugewiesene Asylbewerber eine eigene Wohnung beziehen.

Wie beurteilen Sie diese Reformen?

Nach 15 Monaten ist in den meisten Fällen auch laut Berichterstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge das Asylverfahren aufgrund extremer Bearbeitungsrückstände noch nicht abgeschlossen.

Weiterhin ist eine Prüfung der Straffreiheit bei einer Umstellung analog zum SGB XII nicht vorgesehen. Laut Gesetzestext dürfen die Flüchtlinge „...die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich

selbst beeinflusst haben.“ Dies gilt nur im Zusammenhang auf eine rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der Dauer, schließt sonstige Konflikte mit dem Gesetz aus und müsste entsprechend erweitert werden.

Es ist vernünftig, zugewiesene Asylbewerber in Privatwohnungen wohnen zu lassen, da dies im Gegensatz zu Hotels, Notunterkünften und städtischen Wohnheimen eine der günstigsten Unterbringungsmöglichkeiten darstellt sowie eine bessere Integration in das soziale Umfeld mit gleichzeitiger Verbesserung der Privatsphäre ermöglicht.

Welche weiteren Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie?

- Eine frühere Integration in den Arbeitsmarkt bei guter Bleibeprogno- se wäre wünschenswert. Auch sollten dauerhaft geduldete Ausländer in den Arbeitsmarkt entsprechend den Regelungen des SGB II integriert werden.
- Eine landesweit einheitliche Abschieberegelung wäre notwendig.
- Es sollten keine Asylbewerber mehr aus sicheren Herkunftsländern an Kommunen zugewiesen werden.
- Der Königssteiner Schlüssel darf nicht nur Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl berücksichtigen, sondern ebenfalls die Fläche. ■

Jörg Schiefer

beschäftigt das Thema Flüchtlinge doppelt: Als Gruppenleiter für die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Stadt Köln jeden Tag beruflich und als CDU-Ratsmitglied und Mitglied des Runden Tisches Asyl in Overath politisch.



„Die Asylbewerber müssen sich hier wie Gäste benehmen“

Welche Erwartungen haben Sie an die Asylbewerber, wie sie zu einer erfolgreichen Integration beitragen müssten?

Die Asylbewerber müssen sich hier wie Gäste benehmen, mit absoluter Anpassung an unsere Werte. Kopftuchzwang für Frauen und die Verweigerung vom Händedruck gegenüber deutschen Frauen sollten nicht als gegeben akzeptiert werden. Die typisch deutschen Tugenden sind wichtig, aber seien wir doch mal ehrlich: wie viele deutsche Bürger haben ihre Probleme mit Höflichkeit, Pünktlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit usw.

Wie viele Asylbewerber verträgt Odenthal und wie sehen Sie die Zukunft mit den Flüchtlingen?

Odenthal hat zurzeit 376 Flüchtlinge, bisher läuft alles gut, aber es hat sich bereits eine Bürgerinitiative gegründet, um gegen einen weiteren Zuzug zu sprechen. Es gibt in Odenthal 25 private Unterkünfte, das ist viel zu wenig. Die Integration und der Austausch könnte in privaten Unterkünften sehr gut von statten gehen, aber der überwiegende Teil der Odenthaler scheut sich diesen Schritt zu gehen, selbst wenn Platz und Zeit da wäre. Die kulturellen Unterschiede sind enorm, ein

wirklicher Austausch ist ohne äußeren Antrieb schwer umzusetzen. Was mich ängstigt, sind die hohen Zuläufe zur AfD, es kann nicht sein, dass Menschen sich plötzlich „rechts“ wieder finden, nur weil sie eine Lösung für diese große Herausforderung noch nicht sehen. Die Lösung sind weder die bedingungslosen „Gutmenschen“ noch die intoleranten „Ausgrenzer“, wir müssen unseren Weg noch finden. ■

Elmar Forst

ist ehemaliger Offizier der Bundeswehr und engagiert sich heute in seiner Heimat Odenthal in der Flüchtlingshilfe.



Ehrenamtliche Hilfe ist mehr als nur ein Beitrag zur Integration der Asylbewerber!

In Leichlingen werden täglich über 50 Asylbewerber von ehrenamtlichen Sprachpaten betreut, wie funktioniert das?

Wir haben in Leichlingen eine sehr große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung vorgefunden. Erst als dieses Potential auf das Sprachtraining fokussiert wurde, konnten die nötigen Puzzesteinchen zusammengefügt werden. In einem e-mail Verteiler wurden ca. 100 Hilfswillige angesprochen. Die Asylbewerber wurden durch Vermittler, die sich in den Heimen auskennen und teilweise die arabische Sprache beherrschen von den Sprachangeboten informiert worden. Entscheidend war das Angebot der evangelisch freikirchlichen Gemeinde, die uns ihr gesamtes Gemeindehaus zur Verfügung gestellt haben und wir dort nun täglich in fünf Gruppen Sprachtraining anbieten können. Zuletzt konnten wir die Schüler mit dem nötigen Lehrmaterial versorgen, da der ökumenische Arbeitskreis über eine beachtliche Spendensumme verfügt. Alles zusammen hat dazu geführt, dass nun ein erheblicher Teil der Asylbewerber, die sonst zur Untätigkeit gezwungen wären, in einen aktiven Tagesablauf kommen, Pünktlichkeit und Respekt erleben und durch die Kontakte untereinander und zu den Sprachpaten Unterstützung in vielen Fragen bekommen.

Welche Chancen und Grenzen sehen Sie in der ehrenamtlichen Hilfe?

Die ehrenamtliche Hilfe ist mehr als nur ein Beitrag zur Integration der Asylbewerber. Den Leichlinger Mitbewohnern wird so ein Teil der Hilflosigkeit gegenüber dem Elend, das man täglich mit ansehen muss, genommen. Es ist eine unglaubliche Energie, die von der geleisteten Hilfe ausgeht. Viele Helfer sind von der Dankbarkeit überwältigt und tragen diese positive Stimmung in die Bevölkerung. Ich finde das sehr wichtig, so lassen sich Stammtisch-Parolen, die meistens in Unkenntnis der Sache erfolgen, am überzeugendsten widerlegen. Die ehrenamtliche Hilfe ist ein wesentlicher Teil der Willkommenskultur, das heißt für uns Hemmschwellen abbauen, Freundschaften schließen und das Zusammenleben fördern. Vorsicht ist geboten, wenn Fragen, die eindeutig die Kompetenzen überschreiten, z.B. in Rechtsfragen, ohne Rücksprache mit offiziellen Stellen aus der Verwaltung gegeben werden.

Wie sieht für Sie eine optimale Zusammenarbeit zwischen der kommunalen Verwaltung und den ehrenamtlichen Aktivitäten aus?

Ich wünsche mir eine Koordination aus der Verwaltung, die die ehrenamtlichen Aktivitäten begleitet. Die freiwilligen Helfer brauchen eine interne Struktur, aber auch die sollte eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten, zum Wohle der Asylbewerber und zur bestmöglichen Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Arbeits- und Wohnungssuche sind sehr komplexe Aufgaben, die von einer guten Zusammenarbeit profitieren können. ■

Dr. Katharina Bischof

engagiert sich nicht nur in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich. Politisch arbeitet sie als stellvertretende Vorsitzende der CDU Leichlingen und als Schriftführerin im CDU-Kreisvorstand mit.



Vielfach sind auch Kinder wegen fehlender Sprachkenntnisse überfordert

Sie sind ehrenamtlich sehr engagiert in der Integration von Flüchtlingen in Moitzfeld; welche Herausforderungen sehen Sie bei der Integration der Flüchtlings-Kinder?

In Moitzfeld, wie im übrigen Stadtgebiet, sind im letzten Jahr viele Flüchtlingsfamilien angekommen. Die Kinder werden, so rasch das geht, an Kindergärten oder an Schulen vermittelt. Das sind für die Ausländerfamilien auf den ersten Blick hoffnungsvolle Zeichen. Aber: Vielfach sind die Kinder von den Regelklassen völlig überfordert. Sie sprechen kein Wort Deutsch und können dem Unterricht anfangs nicht folgen. Manche Jungen und Mädchen aus Kriegsgebieten sind traumatisiert. Das hindert sie massiv daran, Kontakt zu den für sie fremden Kindern und zu den Lehrkräften aufzubauen. Naturgemäß lernen Kinder sehr schnell, deshalb lohnt es sich, dies im Sinne der Integration optimal zu unterstützen.

Wie sieht für Sie eine sinnvolle Vorbereitung der Flüchtlings-Kinder auf die Schule in Deutschland aus?

Da habe ich ganz klare Vorstellungen: Die Grundschul Kinder sollten möglichst vor der Eingliederung in den Regelunterricht eine Vorbereitungs-klassen besuchen. Dieser stressfreie Einstieg hilft, mögliche Frustrationen im Klassenverband zu vermeiden. In Moitzfeld gibt es an den Grundschulen immerhin Zusatzunterricht für Flüchtlingskinder, dort erhalten die Kinder eine spezielle Deutschförderung in kleinen Gruppen. Um die Lernerfolge der Kinder zu unterstützen, nehmen sie demnächst an einer spielerischen Musik-Förderung teil, die zur Integration beitragen kann. Im letzten Sommer gab es in den Ferien einen Deutsch-Kompakt-Kurs für Kinder, die sonst ohne jegliche Deutschkenntnisse eingeschult worden wären. Ich finde es überaus erfreulich, dass sich viele ehrenamtliche Kräfte genau in diesem Feld der Familien- und Kinder-Hilfen mit viel Elan engagieren. Dennoch: Das reicht auf Dauer nicht.

Die Kindergärten und Schulen sind demnach für die zusätzlichen Aufgaben, die durch die Integration der Flüchtlingskinder entstehen, nur unzureichend gerüstet?

Ein eindeutiges Ja. Bisher werden die Kinder zu häufig in den laufenden Betrieb der Kita-Gruppen und Schulklassen eingegliedert. Doch den Erzieherinnen und Lehrkräften mangelt es an zusätzlicher Unterstützung durch Fachkräfte. Die Probleme aufgrund des Erlebten und die fehlenden Deutschkenntnisse der Kinder werden natürlich von den Pädagogen gesehen. Aber wie hier Abhilfe leisten? Um es ganz klar zu sagen: Die Kinder brauchen eine spezielle Betreuung, die nicht (nur) von Ehrenamtlichen aufgefangen werden kann. Wir benötigen mehr Professionalität in der Integration. Von der „100-Tage Spendenaktion der Bethe-Stiftung“ erhoffe ich mir den baldigen Start eines Projektes zur Betreuung von traumatisierten Kindern. Eine solche dringend notwendige Maßnahme und weitere spezielle Angebote sind von entscheidender Bedeutung für eine Erfolg versprechende Integration. ■

Mechtild Münzer

ist ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe in Bensberg und Moitzfeld engagiert. Die CDU-Ratsfrau ist Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und war früher in der Familienbildung des DRK beruflich tätig.



Schlüssel für Integration sind Sprache und Arbeit!

Die Kreishandwerkerschaft Bergisches Land bemüht sich im Rheinisch-Bergischen Kreis aktiv um Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Was konnte bisher erreicht werden?

Aus unserer Sicht schon einiges. Es war uns wichtig, den vielen Flüchtlingen von Anfang an ein Ansprechpartner zu sein und ihnen eine greifbare Perspektive zu bieten, um in Deutschland im „Arbeitsmarkt Handwerk“ Fuß zu fassen. Daher hat die Kreishandwerkerschaft Bergisches Land bereits im August 2015, als die „erste Flüchtlingswelle“ nach Deutschland kam, reagiert und eine Abfrage an sämtliche Mitgliedsbetriebe gestartet und angefragt, ob die Handwerksbetriebe aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis, aus dem Oberbergischen Kreis und der Stadt Leverkusen Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsstellen anbieten können. Daraufhin erreichte die Kreishandwerkerschaft ein Rücklauf von gut 600 Meldungen. Mittlerweile sind 3 junge Flüchtlinge in einer handwerklichen Ausbildung und 25 Flüchtlinge machen ein Praktikum in einem Handwerksbetrieb. Hinzu kommen 30 junge Flüchtlinge, die über die Integrationsklassen der Berufskollegs ein handwerkliches Praktikum absolvieren.

Welche Probleme begegnen Ihnen in diesem Zusammenhang?

Im Wesentlichen sind es zwei Schwerpunktbereiche. Der Erste ist der Status der Flüchtlinge. Kommt dieser aus einem sicheren Land oder nicht, wie sieht es aufenthaltsrechtlich aus. Durch bestehende Unsicherheiten aufgrund noch zu klärender Fragen, gerät der Integrationsprozess ein wenig ins Stocken. Klar ist an dieser Stelle, dass von den entsprechenden Institutionen eine Mammutaufgabe verlangt wird, jedoch ist es gerade dann wichtig, zügig und strukturiert die Statusklärung abzuarbeiten. Hier sind ganz klar die Behörden gefordert.

Ein zweiter Punkt sind die bestehenden Sprachprobleme. Eine In-

tegration kann nur erfolgreich gelingen, wenn die Sprache „funktioniert“. Und da Sprache der wichtigste Zugang zum Beruf ist, bietet die Kreishandwerkerschaft Bergisches Land in den Räumlichkeiten der Überbetrieblichen Ausbildungsstätte in Bergisch Gladbach über einen Träger Sprachschulungen für Flüchtlinge an. Dies soll ein erster Baustein für die Arbeitsmarktintegration sein.

Welche politischen Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu erleichtern?

Diesbezüglich kann ich mir verschiedene Lösungen vorstellen. Meines Erachtens sollten jedoch spezielle Projekte in der Region gefördert werden. Niemand kennt die regionalen Bedürfnisse und Besonderheiten so gut, wie die Verantwortlichen der Region selbst. Daher ist meine Anregung, entsprechende Gelder des Bundes oder Landes in die Region zu geben, so dass regionale Projekte gefördert werden können und so eine passgenaue Integration erfolgen kann.

Ferner sollten die bestehenden Förderinstrumente ohne zu große bürokratischen Hürden angewandt werden, so dass den Flüchtlingen relativ schnell eine konkrete (Bleibe-)Perspektive an die Hand gegeben werden kann. ■

Marcus Otto

ist Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Bergisches Land, die für den Rheinisch-Bergischen Kreis, den Oberbergischen Kreis und die Stadt Leverkusen zuständig ist.



Schwierig für die Tafel sind andere Essgewohnheiten.

Als Vorsitzende der Kürtener Tafel sind Sie tagtäglich mit bedürftigen Menschen in Kontakt. Unterscheiden sich die Probleme von Flüchtlingen von denen Ihrer anderen Kunden?

Mittlerweile sind 35 % der gemeldeten bedürftigen Flüchtlinge bei der Kürtener Tafel. Aufgrund fehlender Lebensmittel musste ein Aufnahmestopp veranlasst werden. Die Probleme von Flüchtlingen unterscheiden sich von den deutschen Kunden darin, dass besonders die moslemischen Flüchtlinge andere Essgewohnheiten haben und es besonders schwierig ist, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Unsere Ausgabehelfer sind sehr gefordert, auch wegen der enormen Sprachschwierigkeiten. Wir erstellten Verhaltensregeln in arabischer Sprache, die einige wenige immer noch ignorieren.

Eine Ihrer Enkeltöchter wurde in der Silvesternacht in Köln begabscht und sexuell bedrängt. Schaffen Sie es, trotz dieser erschreckenden Erlebnisse den wirklich hilfsbedürftigen Menschen immer noch offen entgegen zu treten?

Der Schock nach der Silvesternacht sitzt immer noch tief. Die Angst von Rudeln von Männern angegriffen zu werden, ist groß. Als meine Enkeltochter von der Silvesternacht berichtete, fragte ich mich, ob es vertane Mühe ist, sich für diese Menschen weiterhin einzusetzen. Wir hatten bereits in unserer Tafel-Einrichtung negative Erfahrungen mit jungen männlichen Flüchtlingen machen können.

Zur Unterstützung haben wir am Ausgabetag männliche Helfer eingesetzt. Aber es sind nicht alle gleich. Die fordernden und dreisten sind in der Minderzahl. Wir haben durch Gespräche erfahren, was einzelne

Menschen auf der Flucht mitgemacht haben, besonders auch Familien mit Kindern. Es fällt mir nicht schwer, weiterhin ein offenes Herz für diese Menschen zu haben.

Wie müsste Ihrer Meinung Integration gestaltet werden, um erfolgreich zu sein?

Integration wird sehr schwer sein. Solange Massenunterkünfte und wenig Kontakt zu deutschen Mitbürgern bestehen, sehe ich keine Chance. Jeder Flüchtling möchte sich gerne mit seinen deutschen Nachbarn unterhalten und anerkannt werden. Sie haben Langeweile, nur beengte Aufenthaltsmöglichkeiten. Die Asylverfahren dauern viel zu lange, so wächst die Ungeduld.

Zu einigen haben wir in unserer Tafleinrichtung sehr guten ja sogar schon freundschaftlichen Kontakt. Die Sprachschwierigkeiten sind zwar belastend, aber viele bemühen sich schnell unsere Sprache zu lernen. Wir müssen auf die Flüchtlinge zugehen, ihnen zeigen dass sie willkommen sind und dass wir ihre Ängste verstehen. ■

Erika Berscheid

ist ehrenamtliche Vorsitzende der Tafel in Kürten.



April 2016

- 05.04.2016** Frauen Union Rösraht und Leichlingen
Dienstag
17:00 Uhr
Kamingespräch mit der Bundesvorsitzenden Annette Widmann-Mauz MdB: „Powerfrauen! Frauenpower? Welche Rollenvorstellung von Mann und Frau“
Schloss Eulenbroich, Eulenbroicher Auel 19, Rösraht
Vera Rilke-Haerst, 02205 9049224, vera@haerst.de
Männer sind ausdrücklich erwünscht!
-
- 06.04.2016** CDU Bergisch Gladbach - OV Gronau/Heidkamp
Mittwoch
19:30 Uhr
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Gronauer Wirtshaus, Hauptstr. 20, Bergisch Gladbach
Hans-Josef Haasbach, 02202 243386, gronau@cdu.gl
-
- 13.04.2016** Rainer Deppe MdL
Mittwoch
15:00 Uhr
Bürgersprechstunde im CDU-Center
Anmeldung bitte über CDU-Bürgerbüro
02202 9369550, monique.gonzalez@landtag.nrw.de
-
- 16.04.2016** Senioren-Union Rösraht
Samstag
Aapethiater
Besuch des Hänneschen-Theaters in Köln mit anschließenden Besuch im Knollendorf Haltestelle Halfenhof und weitere
H.-R. Drümmen, 02205 911392, hr@druemmen.de
-
- 18.04.2016** JU Bergisch Gladbach
Montag
19:30 Uhr
Offene Vorstandssitzung
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach
Sascha Inderwisch, 0176 63709444, saeschae@gmx.de
-
- 19.04.2016** CDU Odenthal
Dienstag
19:00 Uhr
Jahreshauptversammlung mit Jürgen Hardt MdB „Wie geht es weiter in Europa?“
Bürgerhaus Herzogenhof, Odenthal
info@cdu-odenthal.de
-
- 20.04.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwoch
15:00 Uhr
Mittwochstreff mit Matthias Kopp
Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de
-
- 20.04.2016** Senioren-Union Burscheid
Mittwoch
17:00 Uhr
Stadtgespräch mit Martin Fleschenberg zum Thema Steuern für Rentner/Pensionäre
Gaststätte Tennishalle Hilgen
Heinz Wilgenbusch, 02174 786217
-
- 21.04.2016** Senioren-Union Wermelskirchen
Donnerstag
15:00 Uhr
Besichtigung des Krankenhauses Wermelskirchen
Werner Allendorf, 02196 4103, wernerallendorf@web.de
-
- 21.04.2016** Senioren-Union Odenthal
Donnerstag
16:30 Uhr
2. Mitgliederversammlung
Haus der Begegnung Odenthal
Helga Happel, 02202 79709
-
- 21.04.2016** Frauen Union-Kreisverband
Donnerstag
18:30 Uhr
Jahreshauptversammlung mit Sylvia Pantel MdB
Hotel Schützenburg, Hauptstraße 116, Burscheid
Linda Stillger, 02196 93708
-
- 24.04.2016** Junge Union-Kreisverband
Sonntag
15:00 Uhr
Bergische Runde mit dem JU-Bundesvorsitzenden Paul Ziemiak
Herzogenhof Odenthal
Diego Faßnacht, 0178 6369840, diegofassnacht@gmx.de
-
- 25.04.2016** Senioren-Union-Kreisverband
Montag
15:00 Uhr
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Großer Sitzungssaal im Kreishaus Heidkamp
Am Rübezahlwald 7, Bergisch Gladbach
02202 936950, info@senioren-union-rbk.de

- 26.04.2016** CDU Overath
Dienstag
19:00 Uhr
Jahreshauptversammlung
Gaststätte „Bergischer Hof“, Hauptstraße 99, Overath
Hardy Kohkemper, info@cdu-overath.de
-
- 27.04.2016** Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung-Kreisverband
Mittwoch
19:30 Uhr
Wie ich meine beruflichen und finanziellen Ziele erreiche? Veranstaltung mit Andrea Steinert
Café Leichtsinn, Dr.-Robert-Koch-Str. 8, Berg. Gladbach
Doro Dietsch, doro.dietsch@mittelstand-rbk.de

Mai 2016

- 09.05.2016** Rainer Deppe MdL
Montag
10:00 Uhr
Bürgersprechstunde in Wermelskirchen
Restaurant Vier Jahreszeiten, Adolf-Flöring-Str. 24
Anmeldung bitte über CDU-Bürgerbüro
02202 9369550, monique.gonzalez@landtag.nrw.de
-
- 18.05.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwoch
15:00 Uhr
Mittwochstreff mit Wolfgang Bosbach MdB
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de
-
- 18.05.2016** Senioren-Union Burscheid
Mittwoch
17:00 Uhr
Stadtgespräch mit Dr. Launhardt vom Krankenhaus zum Thema „Schlaganfall“
Hotel Schützenburg, Hauptstr. 116, Burscheid
Heinz Wilgenbusch, 02174 786217
-
- 19.05.2016** Senioren-Union Overath
Donnerstag
09:45 Uhr
117. Exkursion nach Mettmann mit Besichtigung des Neanderthalmuseums
Kosten: 30 € p.P. inkl. Busfahrt, Eintritt und Führung
Anmeldung und weitere Infos bei Hans Gerd Wunderlich,
02206 4973, hansgerd.wunderlich@t-online.de
-
- 19.05.2016** Senioren-Union Wermelskirchen
Donnerstag
14:00 Uhr
Führung Altenberger Dom
Treffpunkt Loches Platz / Fahrgemeinschaften, 4 € p.P.
Werner Allendorf, 02196 4103, wernerallendorf@web.de
-
- 24.05.2016** CDA Wermelskirchen
Dienstag
19:00 Uhr
Besuch/Besichtigung Zweirad-Center Lambeck
Braunsberger Str. 2
Manfred Groß, 02196 886613
-
- Juni 2016
- 03.-09.06.2016** Senioren-Union Burscheid
Freitag
11:00 Uhr
Busreise in den Breisgau
628 € p.P. im DZ, EZZ 114 €
Infos und Anmeldung über das CDU-Büro, 02174 5545
-
- 06.06.2016** Rainer Deppe MdL
Montag
10:00 Uhr
Bürgersprechstunde im CDU-Center
Anmeldung bitte über CDU-Bürgerbüro
02202 9369550, monique.gonzalez@landtag.nrw.de
-
- 15.06.2016** Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwoch
15:00 Uhr
Mittwochstreff
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, GL
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@gmx.de
-
- 16.06.2016** CDA Wermelskirchen
Donnerstag
09:30 Uhr
drei exklusive Besichtigungen in Bonn
Villa Hammerschmidt, UNO, Post-Tower
25 € p.P., Manfred Groß, 02196 886613
-
- 22.06.2016** Senioren-Union Burscheid
Mittwoch
10:45 Uhr
Besichtigung des WDR in Köln
10 € p.P., Abfahrt Busbahnhof Burscheid
CDU-Büro, 02174 5545

Seitentrakt des Kreishauses wird aufgestockt

Langfristige Betrachtung und sowieso anstehende Dachsanierung sprechen für die Aufstockung

von **Holger Müller**

In der Kreistagssitzung am 10. März haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Aufstockung des Trakts A des Kreishauses Heidkamp eingebracht. Der Seitentrakt des Kreishauses soll um zwei zusätzliche Stockwerke aufgestockt werden.

Notwendig wird diese Aufstockung, die sich an den Kreishausanbau zeitlich anschließt, weil sich innerhalb der vergangenen drei Jahre der Stellenbedarf der Kreisverwaltung aufgrund neuer landesgesetzlicher Aufgaben und aufwändigerer Verwaltungsverfahren sowie Fallzahlensteigerungen dermaßen erhöht hat, dass diese Flächen alternativ nur durch den Ankauf oder die Anmietung zusätzlicher Büroflächen dargestellt werden können.

Die Verwaltung hat auf Basis der Ist-Situation einen Bedarf von rund 60 Büroarbeitsplätzen nachvollziehbar dargelegt. Dieser Bedarf soll entsprechend der Verwaltungsvorlage durch Aufstockung des Trakts A mit einem Geschoss sowie durch weitere verstärkte Nut-

Entwicklung sowie aktuell im Landtag eingebrachter neuer Gesetzgebungsverfahren werden nach Auffassung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen auch in der Zukunft zusätzlichen Personalbedarf bei der Aufgabenerledigung abverlangen.

Die langfristige Finanzierungsbetrachtung spricht für die Aufstockungsvariante. Der Abschreibungsaufwand der Aufstockung ist langfristig niedriger als eine entsprechende Mietlösung in entsprechender Qualität. Zudem hat die Verwaltung mittels Kostenschätzung festgestellt, dass sich das zweite zusätzliche Geschoss in einem Schritt kostengünstiger erstellen lässt als eine zeitlich nacheinander erfolgende Aufstockung – insbesondere, da auf den aufzustockenden Flächen sowieso eine Dachsanierung angestanden hätte. Hinzu kommen geringere Aufwendungen bei einer zentral organisierten Verwaltung. Sollten in der weiteren Zukunft wider Erwarten Büroflächen nicht benötigt werden, spricht aus



Der heute zweigeschossige Trakt A, in dem das Gesundheitsamt untergebracht ist, soll um zwei Geschosse aufgestockt werden. (Bild: Pakendorf)

zung flexibler Arbeitszeit- und -platzgestaltung sichergestellt werden. Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen begrüßen dieses Vorgehen der Verwaltung, einen Teil der Bürofläche durch geeignete personalwirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen einzusparen. Dennoch wird durch diese Maßnahmen nur der aktuelle Flächenbedarf abgedeckt.

Mindestens die weiterhin zu bewältigende Flüchtlingssituation, die demografische

unserer Sicht nichts gegen eine wirtschaftliche Verwertung dieser Flächen.

Die in der letzten Kreistagssitzung beschlossene Ausschüttung der freiwerdenden Rückstellungen für die Fassadensanierung in Höhe von 2,7 Millionen Euro – da für diese Maßnahme Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz verwendet werden können – wird durch die zusätzliche Aufstockung nicht gefährdet (CDUinform berichtete). ■

Impressum
 Herausgeber: CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
 Verantwortlich: Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender
 Redaktion: Johannes Dünner, Stv. Fraktionsvorsitzender
 Büro: Am Rützelwald 7, 51469 Bergisch Gladbach
 T: 02202-13 2328, F: -2244, E: cdu@bk-online.de

Holger Müller
 ist Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath und Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

Kreisdirektor wiedergewählt

Acht Jahre ist es her, dass Dr. Erik Werdel zum neuen Kreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises gewählt wurde. In der Kreistagssitzung des ersten Quartals 2016 stand nun die Wiederwahl an. 2008 wurde Dr. Werdel noch die Unterstützung von SPD und Grünen verwehrt. Acht Jahre später erfolgte die Wiederwahl des CDU-Mitglieds einstimmig. Zentrale Aufgaben wurden in den



Fraktionschef Holger Müller MdL gratuliert dem frisch wiedergewählten Kreisdirektor Dr. Erik Werdel (Foto: Pakendorf)

letzten Jahren von unserem Kreisdirektor mit großem Einsatz und Leidenschaft bewältigt – verantwortlich zeichnete sich der 46-jährige Jurist beispielsweise für die Fragen der Verwaltungssteuerung, Steuerung des umfangreichen Strategieprozesses RBK 2020, der Wirtschaftsförderung RBW und aktuell für die Bewältigung der Flüchtlingssituation im Kreis. Die CDU-Kreistagsfraktion gratuliert herzlich zur Wiederwahl und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit in den kommenden acht Jahren! (hm)

Zur Person: Dr. Erik Werdel

Geboren: 7.4.1969 in Trier, verheiratet, ein Sohn
Wohnort: Overath-Heiligenhaus
Berufliche Laufbahn: 1988-1996 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Trier und anschließendes Referendariat
 1996-2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht
 2001 Promotion
 2000-2005 Dezernent für Jugend, Soziales und Sport bei der Kreisverwaltung Trier-Saarburg
 2005-2008 Erster Beigeordneter der Kreisstadt Mettmann sowie Geschäftsführer der Mettmanner Wirtschaftsförderungs-GmbH
 Ab 2008 Kreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises

Einteilung der Wahlkreise für die nächste Bundestagswahl

Der nächste Deutsche Bundestag wird wohl (spätestens) im Herbst 2017 neu gewählt. Das Grundgesetz ist auch hier wie in so vielen anderen Fällen Richtschnur. Nach Art. 39 Abs. 1 S. 3 des Grundgesetzes findet „die Neuwahl frühestens sechsendvierzig, spätestens achtundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt.“ Das führt dazu, dass die Wahl zum 19. Bundestag im Zeitraum von Ende August 2017 bis Ende Oktober 2017 stattfinden wird.

Wegen der herausragenden Bedeutung der Bundestagswahl für die Zusammensetzung des Parlaments gibt es ein eigenes Bundeswahlgesetz, in welchem alle Einzelheiten der Wahl detailliert geregelt sind. Das Bundeswahlgesetz normiert neben dem Wahlsystem die Wählbarkeit sowie die gesamte Wahlhandlung und beinhaltet zudem die Rechtsgrundlagen für die Wahlkreiseinteilung. Die Wahlkreiseinteilung ist für die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages von entscheidender Relevanz, da in jedem Wahlkreis nur ein Direktmandat erworben werden kann.

Das Bundeswahlgesetz regelt explizit, wie die Wahlkreise eingeteilt werden sollen. Nach § 3 sind bei der Einteilung die Ländergrenzen einzuhalten und die Zahl der Wahlkreise muss in den einzelnen Ländern dem Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.

Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll daher nicht mehr als 15 % von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen. Beträgt die Abweichung mehr als 25 %, so ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Ziel dieser strikten rechtlichen Regelung ist es, dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gleichheit der Wahl Rechnung zu tragen, sodass jede Stimme auch das möglichst gleiche Stimmgewicht hat. Bedingt durch die neuen Bevölkerungszahlen, die der Zensus 2011 ergeben hat, muss nunmehr eine Neueinteilung erfolgen. Insbesondere der demographische Wandel und die zunehmende Landflucht haben eine Änderung erforderlich werden lassen. Ausländer bleiben ausweislich der Regelung in § 3 Abs. 1 S. 2 jedoch unberücksichtigt.

Das Bundeswahlgesetz verkompliziert die Einteilung noch weiter dahingehend, dass jeder Wahlkreis ein zusammenhängendes Gebilde darstellen soll und zudem die Grenzen von Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten eingehalten werden sollen. Das dient dazu, bestehende administrative Einheiten zur organisatorischen Umsetzung der Wahlen beizubehalten. Gegenwärtig gibt es 299 Wahlkreise,

die durchschnittliche Bevölkerungszahl pro Wahlkreis liegt bei circa 270.000 Einwohnern. Da der Rheinisch-Bergische Kreis in etwa die gleiche Zahl an Einwohnern hat, besteht hier Identität von Landkreis und Wahlkreis.

Derzeit wird auf über eine Neueinteilung beraten. Die Zeit drängt jedoch: Die Parteien können in Vertreterversammlungen bereits 19 Monate nach Beginn der Wahlperiode zusammenkommen, um geeignete Wahlkreisbewerber auszusuchen und das ist der 23. März 2016. ■



Wolfgang Bosbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Foto: Manfred Esser

Opjepass!

Am 13. März waren die Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Da hilft keine Schönrederei, auch wir haben diese Wahlen verloren (insgesamt 35 Mandate). Da tröstet es auch nicht



Holger Müller ist seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath.

wirklich, dass wir wahrscheinlich in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten weiter stellen und vermutlich sogar in Baden-Württemberg wieder in der Regierung als Juniorpartner sein werden. Und schon gar nicht, dass es der SPD

noch schlechter ergangen ist.

In einer ersten Stellungnahme hatte ich Radio-Berg dazu folgendes geschrieben:

„Uns ist es nicht gelungen, eine klare Haltung der CDU in der Flüchtlingsfrage zu vermitteln. Wir brauchen eine klare Politik, die den Menschen eine klare Orientierung möglich macht. Es ist höchste Zeit, mehr zuzuhören und Sorgen ernst zu nehmen. Existierende Probleme dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Sonst stabilisieren wir die AfD.“

Unterschiedliche Aussagen zu einem drängenden Problem wie zum Beispiel die Flüchtlingsfrage haben noch nie einer Partei genutzt. Ich denke, dass Themen wie aktuell die alles überlagernde Flüchtlingsfrage gelöst werden müssen. Kompetenzschwerpunkte der CDU sind nach wie vor die Fragen der inneren Sicherheit (inklusive der Kriminalitätsbekämpfung) und die Wirtschaftspolitik. Darauf sollte die CDU sich wieder mehr konzentrieren. Themen wie zum Beispiel Inklusion und Integration sind zweifellos sehr wichtig, aber Wahlen gewinnen wir meines Erachtens damit alleine nicht.

Der Landtag beschäftigt sich mit allen möglichen Themen, aber trotz meiner mehrfachen Intervention in der Fraktion haben wir existentielle Fragen der älteren Generation

bisher überhaupt nicht diskutiert. Das muss sich ändern. In Baden-Württemberg haben die Grünen überdurchschnittlich bis zu 15 % in der Altersklasse über 55 Jahre gewonnen, nicht bei den Jungen. Wir dürfen eben nicht davon ausgehen, dass die Älteren sowieso CDU wählen, obwohl das immer noch die stärkste Wählergruppe der CDU ist. Themen wie eine sichere Altersversorgung und der Umgang mit der länger anhaltenden Fitness müssen wir thematisieren. So jetzt habe ich genug kritisiert. Der Weg zurück zum Erfolg erfordert, dass wir Stimmungen nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern wir müssen sie aufnehmen und eine klare Richtung vorgeben. Der größte Anteil der AfD-Wähler kommt aus dem Nichtwählerbereich und danach aus den Reihen ehemaliger CDU-Wähler. Bevor wir schimpfen, dass das so ist, sollten wir erst mal unsere Fehler aufarbeiten, bevor wir sie bei anderen suchen. ■

Wolfgang Bosbach MdB

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
Tel: 02202-93695-30, Fax: -22
E-Mail: wolfgang.bosbach.wk@bundestag.de
www.wobo.de



Holger Müller MdL

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368
E-Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de



www.klartext-mueller.de
[/Holger.Mueller.MdL](https://www.facebook.com/Holger.Mueller.MdL)
[@klartextmueller](https://twitter.com/klartextmueller)

Europa in Gefahr

Griechenland, Flüchtlinge, Ukraine, Brexit – das sind zentrale Probleme für Europa. Und die europäische Politik tut sich schwer in diesen Tagen, weil die meisten Mitgliedsstaaten im Rat nur noch egoistische Ziele verfolgen.

Erste Fortschritte sind erkennbar: gemeinsame Linie, um Großbritannien in der EU zu halten und endlich gemeinsame Positionen zur Sicherung der europäischen Außengrenzen, gegenüber der Türkei. Die Türkei-Vereinbarung bedeutet eine Begrenzung auf die wirklich Verfolgten, Rückführung der Illegalen in die Türkei, Austrocknung der Nachfrage für die Schleuser. Damit können wir zur normalen Schengen-Praxis und zu offenen Binnengrenzen zurückkehren.

Der Ausgang des jüngsten Gipfeltreffens zeigt, die Türkei ist bereit zu helfen. Klar ist jetzt, dass Europa etwas zurückgeben muss: Finanzen für die Flüchtlinge in der Türkei, Visaerleichterungen, anteilige Aufnahme von Syrern und Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen. Der Europäische Rat konnte folgende Einigungen mit der türkischen Regie-

rung erzielen:

- über die bereits zugesagten drei Milliarden Euro hinaus, ist die EU bereit, den Forderungen der Türkei entgegenzukommen und bis 2018 über eine weitere Finanzhilfe von bis zu drei Milliarden Euro zu entscheiden
- für das Aufheben der Visumpflicht ist als Ziel bis Ende Juni festgehalten. Allerdings muss die Türkei dafür 72 Bedingungen erfüllen, u.a. ihre Datenschutzsysteme und Passvorschriften an die EU-Standards angleichen. Bleiben die Bedingungen unerfüllt, wird es keine Visafreiheit geben.
- mit sofortiger Wirkung: für jeden von der Türkei zurückgenommenen Syrer, will die EU im Gegenzug einen Syrer aufnehmen. Hierfür bietet die Union zunächst 72000 Plätze. In Bezug auf die Verteilung sind jetzt die Mitgliedsstaaten gefragt.
- die EU hat zugestimmt, ein weiteres Kapitel bei den Beitrittsverhandlungen aufzuschlagen. In diesem Punkt zählt nur das Ergebnis. Für mich kann das nicht erfolgreich sein. Beide Vertragspartner haben Hausaufgaben und beide Partner müssen liefern. Manches wird leichter, einiges schwerer- letztlich zählt nur das Ergebnis. Schwierige Fragen erfordern gemeinsames und sachgerechtes Handeln. Wir



Herbert Reul MdEP ist seit 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

sind einen großen Schritt weiter und vielleicht wird Europa dadurch wieder stärker und handlungsfähig! ■

Herbert Reul MdEP

Europa-Büro

Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,

Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61

E-Mail: h.reul@herbert-reul.de

www.herbert-reul.de

[/HerbertReulinEuropa](https://www.facebook.com/HerbertReulinEuropa)



Bildung - Schlüssel für Auf- oder Abstieg

Wenn die Überschrift zutrifft, dann ist ein Umsteuern in der Schulpolitik des Landes dringend erforderlich. Der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bescheinigt dem Bildungssystem Nordrhein-Westfalens den letzten Platz aller westdeutschen Bundesländer. Wir wollen die rote Laterne schnellstmöglich abgeben. Fünf Schwerpunkte hat die CDU-Landtagfraktion ausgemacht. Sie müssen sofort angepackt werden.

Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Wie andere Bundesländer brauchen wir für alle Schulen eine softwaregestützte komplette Erfassung des Unterrichtsausfalls. Die von Rot-Grün abgeschaffte Vertretungsreserve für jede Schule muss wieder eingeführt werden. Wir wollen Schulverwaltungsassistenten für alle Schulen, damit die Lehrkräfte sich auf den Unterricht und die pädagogische Betreuung konzentrieren können. 100 Mio. EUR werden wir für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen.

Inklusion vom Schüler aus denken

Qualität des Unterrichts und bestmögliche Förderung jedes einzelnen Schülers müssen im Vordergrund stehen. Eltern dürfen bei der Wahl der richtigen Schule für ihr gehandicaptes Kind nicht unter Druck gesetzt werden. Dafür braucht es ein ausreichend großes Angebot an Förderschulen in erreichbarer Entfernung. Sonderpädagogen müssen gleichbe-

rechtigter Teil des Lehrerkollegiums sein. Wir wollen sog. Inklusionsklassen grundsätzlich mit zwei Lehrern doppelt besetzen.

Integration der Flüchtlingskinder

Spätestens mit der Zuweisung der Flüchtlinge in die Kommunen muss der Schulunterricht beginnen, einschließlich der Nachmittagsangebote. Die Kinder und Jugendlichen sollen schnell die deutsche Sprache lernen. Schon in den Internationalen Vorbereitungsklassen sollen die Potentiale der Neuankömmlinge für die jeweils geeignetste Schulform festgestellt werden. Durch flexiblen Lehrereinsatz soll es bei angemessenen Klassengrößen bleiben. Der Unterricht für die einheimischen Schüler darf nicht leiden.

Personelle Ausstattung der Schulen verbessern

Die Unzufriedenheit der Lehrer mit ihrer Landesregierung ist in Nordrhein-Westfalen besonders groß - kein Wunder, angesichts immer neuer Aufgaben, ständiger „Reformen“ und unzureichender Beförderungsaussichten. Inzwischen sind bei 13,5 % der Schulen die Leiterstellen vakant. Wir wollen die Schulleiter und Konrektoren besser bezahlen und sie von Unterrichtsverpflichtungen entlasten.

Materielle Ausstattung der Schulen verbessern

Seit Jahren sind die Investitionsmittel des Landes für den Schulbau, der auch weiterhin in der grundsätzlichen Verantwortung der



Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW.

Schulträger liegen wird, unverändert. Dazu wollen wir die Schulpauschale für die Kommunen erhöhen. Die Digitalisierung dringt in alle Lebensbereiche ein, also auch in die Schulen. Unser digitales Bildungskonzept wird sowohl bei der Ausstattung der Schulen als auch bei den Lerninhalten und der Medienkompetenz der Schüler ansetzen.

Unsere Kinder und Jugendlichen sollen die beste Bildung bekommen, nicht unteres Mittelmaß. Nur, wenn es gelingt, unsere Schulen zu verbessern wird NRW die Abstiegsplätze verlassen. ■

Rainer Deppe MdL

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Tel. 0211-884-2340, Fax -3227

E-Mail: rainer@deppe-direkt.de

www.deppe-direkt.de

[/rainer.deppe.mdl](https://www.facebook.com/rainer.deppe.mdl)

[@rainer.deppe.mdl](https://www.instagram.com/rainer.deppe.mdl)



Starkes Europa

Junge Union Leichlingen setzt mit Karnevalswagen ein Zeichen

Auch in diesem Jahr nahm die Junge Union wieder am Blütensamstagszoch in Leichlingen teil. Der Wagen der JU stand dieses Jahr in Anlehnung an eine amerikanische Fernsehserie unter dem Motto: „Game of Union: Mittelaltergrenzen? Ohne uns!“.

Sie sprachen sich damit gegen geschlossene Grenzübergänge innerhalb der Europäischen Union aus. „Mit dem Wagen wollen wir ein Zeichen für den Zusammenhalt in Europa



setzen.“, sagt Marc Oliver Drechsel, Vorsitzender der Jungen Union Leichlingen. Die JU fordert, dass die Mitgliedsstaaten der EU gemeinsam für ein starkes solidarisches Europa eintreten, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen Hilfe und Unterstützung bieten zu können.

„Das Engagement für die Flüchtlinge in Leichlingen ist vorbildlich. Damit dies auch in den kommenden Jahren garantiert werden kann, ist es nötig, dass neben der Bundesrepublik auch die anderen europäischen Staaten ebenso ihren Beitrag leisten“, ergänzt der Leichlinger Ratsherr Kevin Knoll.

Der JU Leichlingen ist es wichtig, dass das „Projekt Europa“ aus den Krisen der letzten Jahre lernt und das Selbstverständnis der Union weiter gestärkt wird. Passend zum Thema verkleideten sich die teilnehmenden Mitglieder mittelalterlich. (mw)

Norbert Blüm zu Gast in Leichlingen

Neujahrsempfang der CDU Leichlingen

Traditionell lud die CDU Leichlingen Anfang Januar zu ihrem Neujahrsempfang. In diesem Jahr begrüßten sie den früheren Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, als Gastredner im Bürgerhaus, welches bis auf den letzten Platz belegt war. Zu den anwesenden Ehrengästen gehörte u.a. auch Herbert Reul, der viele Jahre mit Norbert Blüm zusammengearbeitet hat und seit langer Zeit ein freundschaftliches Verhältnis zu ihm pflegt.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte der Vorsitzende der Leichlinger CDU, Maurice Winter, die Gäste und ging in seiner Rede auf die Themen ein, die 2016 für Leichlingen relevant sein werden, wie die Innenstadtentwicklung, die Ordnung der städtischen Finanzen und die Integration der Flüchtlinge. Er kritisierte auch die kurz zuvor stattgefundenen Übergriffe an Silvester in Köln und forderte die Landesregierung auf, die Defizite in der Sicherheitspolitik schnell zu klären und nachzubessern.

In seinem sehr lebhaften Vortrag ging Norbert Blüm insbesondere auf die gesellschaftliche Entwicklung ein. Es stelle sich die Frage, ob der Mensch heutzutage nur noch ein Vorteilsucher und Schnäppchenjäger sei, der nur noch an sich selbst denke. Er forderte zu weniger Egoismus und mehr Humanität auf. Das gelte auch für Europa: er plädierte für gemeinsame europäische Lösungen. „Europa als eine Ansammlung nationaler Interessen wird nicht funktionieren. Die Staaten müssen sich einigen.“, so Blüm.

Zum Abschluss des Neujahrsempfangs kehrten die Sternsinger ein und überbrachten den Segen. (mw)

Zum Abschluss des Neujahrsempfangs kehrten die Sternsinger ein und überbrachten den Segen. (mw)



Norbert Blüm bei der CDU Leichlingen (Foto: CDU Leichlingen)

Neujahrsempfang mit Professor Udo di Fabio

Die CDU Bergisch Gladbach hatte zum diesjährigen Neujahrsempfang am 20. Januar

mit dem ehemaligen Verfassungsrichters Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio einen besonderen Gast.

Nicht nur seine Rede, die auch Inhalte seines Buches „Schwankender Westen – Brauchen wir ein neues Gesellschaftsmodell?“ beinhaltete, war hochspannend. Wenige Tage vorher hatte Professor di Fabio sein Rechtsgutachten für die bayrische Landesregierung „Migrationskrise als förderales Verfassungsproblem“ vorgestellt, über das er die über 300 erschienen Mitglieder und Gäste der Bergisch Gladbacher CDU im Kardinal-Schulte-Haus kurzweilig informierte. Im Anschluss moderierte Stellvertreter Dr. Oliver Schillings eine kurze Fragerunde. (lh)



v.l.n.r. Dr. Hermann-Josef Tebroke, Rainer Deppe MdL, Birgit Bischoff, Wolfgang Bosbach MdB, Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio, Lutz Urbach, Thomas Hartmann, Dr. Oliver Schillings (Bild: Susanne Schröder)

Neuer Vorstand der JU Leichlingen

Auf der Jahreshauptversammlung der Jungen Union Leichlingen am Sonntag den 28.2. wurde der Vorstand neu gewählt. Dabei kristallisierte sich schnell heraus, dass es zu einer Neubesetzung des Vorstandes kommen würde, als Marc Oliver Drechsel als neuer Vorsitzender des Ortsverbandes gewählt wurde. Der 20 Jährige Student der Sicherheitstechnik folgt auf Kevin Knoll, der das Amt aufgrund seiner Tätigkeit im Stadtrat aufgab. „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorstand und der CDU Leichlingen“ äußerte sich Drechsel nach seiner Wahl.

Moritz Gebauer (20) und Sebastian Gebauer (23) wurden in ihrer erneuten Wahl als Stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Ergänzt werden die beiden durch Sebastian Seidel (20), der ebenfalls als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand gewählt wurde. Sophie Rosenengel folgt auf Julius Gebauer als Geschäftsführerin. Das Amt des Schatzmeisters wurde mit Tristan Schröder ebenfalls neu besetzt. Beisitzer wurden Simon Eberhard, der als Beisitzer im CDU Vorstand aktiv ist und der ehemalige Vorsitzende der Jungen Union, Kevin Knoll. (ses)



v.l.n.r.: CDU-Stadtverbandsvorsitzender Maurice Winter, der alte JU-Vorsitzende Kevin Knoll und der neue JU-Vorsitzende Marc Oliver Drechsel mit JU-Kreischef Diego Faßnacht (Bild: JU)

Bergische Runde mit Jens Nettekoven

Mitglieder und Freunde der Junge Union des Rheinisch-Bergischen-Kreises hatten am 28. Februar 2016 die tolle Gelegenheit, mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Jens

Ländern den Konflikt lösen könnte. Bei einer leckeren Bergischen Kaffeetafel fand ein spannender Gedankenaustausch statt. Danach war eine wesentlich konkretere Vorstellung davon, wie schwierig es ist, als Soldat im Ausland eingesetzt zu werden, vorhanden. Gleichzeitig hat man aber auch gesehen, wie schwer es ist von Außen in einen nationalen Konflikt einzugreifen. Kreisvorsitzender Diego Faßnacht stellte zufrieden fest, dass die JU Rhein-Berg durch Veranstaltungen wie die Bergische Runde erfolgreich junge Leute in einem gemütlichen Rahmen für aktuelle politische Themen erreichen kann. (df)



v.l.n.r. Drechsel, Faßnacht und Nettekoven

Nettekoven über die Rolle von Deutschland im Syrienkonflikt zu diskutieren. Unter dem Titel „Zuspitzung des Syrienkonflikts - die Rolle Deutschlands“ erzählte der Abgeordnete über seine Erfahrungen im Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und zog außenpolitische Parallelen zum Syrienkonflikt. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Deutschland nur in Zusammenarbeit mit den anderen NATO-



EAK-Krippentour durch Köln

Eine Krippentour machten die Mitglieder des evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis in Köln. Die Krippen-Führung begann im Kölner Dom, in dem es gleich zwei Krippen zu bewundern gab und führte dann zu den sehr unterschiedlichen Krippen der umliegenden romanischen Kirchen. Die Tour ist sehr zu empfehlen: eine solche Vielfalt (von Milieukrippen, moderne Krippen, Holz-, Stein- und Tonkrippen) hätten die Mitglieder nicht erwartet. (bf)



Krippentour des EAK durch Köln. (Bild: EAK)

Neuwahl der JU Bergisch Gladbach

Am 17.02.2016 wählte die JU Bergisch Gladbach einen neuen Vorstand. Im Amt bestätigt wurde Sascha Inderwisch als Vorsitzender. Zu seinen Stellvertretern wurden erneut Carsten Stobbe und Oliver Gries gewählt. Kristin Fröhlingsdorf wurde zur Schatzmeisterin und Martin Stamm zum Geschäftsführer gewählt. Als Besitzer kompletieren Lukas Broich, Katharina Kohls, Julian Kurt, Kristof Röder, Sebastian Werner und David Zenz den Vorstand.

Bei der Jahreshauptversammlung konnte die JU Bergisch Gladbach den Bürgermeister Lutz Urbach, den Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und den Landtagsabgeordneten Holger Müller begrüßen. (si)



Der neue JU-Vorstand mit Holger Müller MdL

Herbert Reul bei der Bergisch Gladbacher Senioren-Union

Die Senioren-Union Bergisch Gladbach hatte am 17. Februar 2016, zu ihrem traditionellen Mittwochstreff in den Gronauer Tannenhof unseren Abgeordneten für das Bergische Land und Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul, eingeladen. Er informierte die zahlreich erschienenen Besucher über das aktuelle Thema: „Hat Europa zu spät gehandelt? Europa am Scheideweg“.

Unser Vorsitzender Manfred Klein begrüßte Herrn Reul mit kritischen Anmerkungen zur augenblicklichen Stimmung zu politischen Entscheidungen in Deutschland und dankte ihm für sein Kommen. Unser Landtagsabgeordneter Holger Müller zeigte seine Verbundenheit zur Seniorenunion mit seiner Anwesenheit.

Reul dankte seinerseits für die Einladung, der er gerne gefolgt sei. Er schilderte die augenblickliche politische Lage in der EU und die Probleme der Mitglieder in ihren Ländern. Es entstanden immer wieder neue Probleme. Die Politiker argumentierten ihre Antworten vorsichtig, die Menschen erwarteten jedoch klare Antworten. Es gibt aber zurzeit keine einfachen Antworten zur derzeitigen politischen Lage. Das Europäische Parlament funktioniert, die Parlamentarier geraten unter den Druck ihrer Länder. Steht Europa am Scheideweg? Die Frage ist extrem schwierig. Nationale Emotionen und das egoistische Verhalten der Parlamentarier, fehlende Solidarität



, fordernde Vorteile nur für das eigene Land, dazu die Probleme der Mitglieder in ihren Ländern. Reul betonte, er habe Achtung vor der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, die vor schwierigen Aufgaben steht, sie anpackt, und mit ganzer Kraft die Verantwortlichen der Mitgliedsländer in Gipfeltreffen und Konferenzen zur Zusammenarbeit aufruft.

Die Europäische Union steht vor dem zurzeit größten Problem, die ankommenden Flüchtlingsströme zu bewältigen. Maßnahmen wie Sicherung der Außengrenzen, Einhaltung des Schengener Abkommens, Asylrecht und Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen EU-Länder schaffen neue Probleme innerhalb der Gemeinschaft, die zu lösen sind. Reul zählte die Gründe der Menschen auf, zu

uns wollen. Er verglich die heutige Situation mit den Völkerwanderungen in vergangenen Zeiten.

Auch die augenblickliche politische Situation im eigenen Land, Landtagswahlen, Verhalten einzelner Parteien wie z.B. die AFD führen nicht zur Lösung der vorherrschenden Flüchtlings- und Asyl-Probleme. Hier hat unsere Kanzlerin einen wichtigen Beitrag geleistet, die Nato zur Aufgabenbewältigung der Sicherung der Außengrenzen zu Europa zu gewinnen, um die Zahl der Asylsuchenden einzudämmen. Im Bundestag hat sie viele Aufgaben wie die Erweiterung sicherer Herkunftsländer, verschärfte Abschiebeverfahren und Regelung zur Erstaufnahme angestoßen. (wl)

Anzeige

Behnke Königsmann

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte

Sehr geehrte Leser der CDU Inform,

wir sind eine überregional tätige Sozietät von 7 Berufsträgern (Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer). Seit unserer Gründung im Jahre 1945 betreuen wir einen vielschichtigen Mandantenstamm aus Handwerkern, Kaufleuten, Freiberuflern sowie größeren mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Dabei stehen wir unseren Mandanten neben den regelmäßigen Dienstleistungen, wie Finanz-, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, den jährlich zu erstellenden Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsberatung auch bei wichtigen Entscheidungen oder besonderen Beratungsanlässen mit unserem umfassenden Fachwissen zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihnen bei entsprechenden Beratungsanlässen oder für die regelmäßige Bearbeitung auf den oben genannten Gebieten behilflich sein könnten.

Sie erreichen uns hier:

Bgm.-Schmidt-Str. 5, 51399 Burscheid
Tel.: 02174 / 766-0 • Fax: 02174 / 766-115
E-Mail: office@behnke-koenigsmann.de

Homepage: www.behnke-koenigsmann.de

Deutsch ist wie Lego...

...eckig und praktisch - aber in der Geschäftswelt ist Small Talk gefragt

„Mach es kurz! Rede nicht so viel! Sag, wie es ist...“. Von Kindheit an werden wir in Deutschland mit solchen oder ähnlichen Aussagen sprachlich erzogen. Erst von den Eltern, dann von den Lehrern. Im Berufsleben führt das später dazu, dass wir ungeduldig oder sogar richtig sauer werden, wenn jemand redet, ohne auf „den Punkt“ zu kommen. Diese direkte Art zu kommunizieren ist allerdings eine Spezialität der Deutschen und wird sonst nur noch in Israel, Lettland und Finnland praktiziert, so Referentin Susanne Kilian bei ihrem Vortrag vor den Mitgliedern der Mittelstandsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis.

Im Austausch mit internationalen Geschäftspartnern werden Deutsche deshalb sehr oft missverstanden. Das hat nichts mit Vokabeln zu tun. Denn meist sprechen sie ein technisch gutes Englisch. Aber andere Kulturen dagegen lernen, was sie sagen möchten, nett zu verpacken. Sprache wird wie eine Art Tanz verstanden, der nach festen sozialen Regeln folgt. Eine Regel ist, nicht gleich mit

der Tür ins Haus zu fallen. Eine weitere, die Erwartungen des Gegenübers zu erfüllen.

Bei Gesprächen mit Kollegen im Ausland oder bei Konferenzen und Vertragsabschlüssen mit ausländischen Geschäftspartnern machen wir viele Fehler, erkannten die MIT-Mitglie-



der. Denn bei Adjektiven wie „hervorragend“, „fantastisch“, „wunderbar“ werden wir eher misstrauisch, während gerade Amerikaner diese ausgesprochen gerne nutzen. Ein Gespräch mit einem Kompliment zu eröffnen, empfin-

den wir als Anbiederung. Denn jeder hört, was seine Kultur ihn zu hören gelehrt hat.

Besser sollten wir uns verhalten, als seien wir auf einem Wiener Opernball, riet Susanne Kilian. Vertragspartner müssten erst einmal durch freundliche Worte warm werden, bevor sie den Stift zur Hand nehmen. Nach dem Motto: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, Gekonnt reden ist Platin.

Diese These unterlegte Kilian mit vielen Beispielen aus der Historie. Wir Deutschen sind eben eine Nation der Tüftler, uns kommt es darauf an, kurz und präzise das richtige Werkzeug zu fordern. Wer allerdings Smalltalk lernt und sogar Spaß daran hat, wird im Geschäftsleben erfolgreicher sein.

Die zahlreich erschienenen Mitglieder der MIT Rhein-Berg waren nicht nur vom Vortrag sehr beeindruckt, sondern auch von den Räumlichkeiten. Erstmals hatte man das „Bau/Office“ gemietet, einen Showroom für Handwerksarbeiten in einem alten Fachwerkhau. (dd)

Vom Entwurf bis zum fertigen Werkzeug

MIT besichtigte die Firma „Pakulla“, die Werkzeuge für die Kunststoff- und Metallverarbeitung baut

Zwei Brüder, eine funktionierende Aufgabenteilung und jede Menge Innovationen: die Firma Pakulla beeindruckte die Mitglieder der Mittelstandsvereinigung Rheinisch-Bergischer Kreis nachhaltig. „Das hätte ich nicht erwartet“, lautete bei den 30 Teilnehmern der Führung das Fazit, als man anschließend in einem nahegelegenen Restaurant das Gesehene besprach.

Bei Pakulla sieht man, warum die deutsche Werkzeugindustrie erfolgreich ist: Hier paart sich Ingenieurswissen mit extremer Genauigkeit, langjährige Erfahrung mit ständigen Neuerungen, Know how mit Flexibilität, Industrie mit Handwerk... Seit mehr als 60 Jahren fertigt Pakulla Formgebende Werkzeuge für die verschiedensten Zweige der Industrie. Das Familienunternehmen in der vierten Generation hat sich allerdings enorm verändert: Hier wird nicht mehr geschraubt und gehämmert, sondern es werden die kompliziertesten Bauteile im Computer entworfen und später von modernsten Arbeitsgeräten konstruiert. Da ist äußerste Präzision gefragt bei dem Entwurf der Werkzeuge am Computer - damit hinterher die Bohrer (so fein wie beim Zahnarzt) das Graphit auch exakt so bearbeiten wie gewünscht.

250 bis 500 Werkzeuge pro Jahr werden bei der Firma gebaut, die sich auf das Interieur und Exterieur von Autos spezialisiert hat. Die

Zeit, die dem Unternehmen von Autokonzernen für die Entwicklung eingeräumt wird, wird immer kürzer. Dabei können große Werkzeuge sehr komplex sein und bis zu 500 Einzelteile beinhalten. Wie viele Bauteile beispielsweise in einem Autokühler oder einem Lenkrad stecken, konnte in der Werkhalle besichtigt werden.

Eine andere Schwierigkeit ist die Vorfinanzierung. Es dauert mitunter ein ganzes Jahr, bis das Auto serienreif ist und das Werkzeug bezahlt wird. Pakulla konstruiert das Werkzeug, baut das Werkzeug, produziert Probeteile. Die werden in Probefahrzeuge eingebaut, mit denen Crash-Tests gemacht werden. Die Pakulla-Kunden produzieren die Teile dann in Serie. Erst wenn die Autos vom Band laufen, werden die Produktdesigner bezahlt.

Tag und Nacht wird produziert, aber automatisiert: Die Tagschicht ist so organisiert, dass die Maschinen nachts laufen. Im Moment werden Teile entworfen, die nächstes Jahr im neuen Audi A8 gebraucht werden. Auch BMW ist ein guter Kun-

de, denn die Chinesen lieben BMW und dort boomt gerade der Markt.

Die Personalgewinnung ist auch bei Pakulla wie bei vielen Firmen ein Problem. Neben dem Computer hängt deshalb ein Werbeplakat mit der Überschrift: „Was ist ein Formenbauer?“ Antwort: „Der erste Formenbauer war Gott.“ Und auf die Frage, warum man Formenbauer werden soll, gibt es auch Antworten: „Deine Familie und Freunde haben keine Ahnung, worüber du redest. Du fühlst dich wie ein Künstler, der soeben ein Meisterwerk geschaffen hat. Du formst die Welt, in der wir leben.“ (dd)



Nur für die Gäste wurden zur Demonstration hitzebeständige Becher produziert.

FU feiert Karneval

Am 19.01.16 besuchten Damen des Kreisvorstandes der CDU Frauenunion des Rheinisch-Bergischen Kreises als Gäste der Frauen-Union Köln die karnevalistische Damensitzung der FU. Spitzenkräfte des Kölner Karnevals zeichneten das abwechslungsreiche Programm aus. Höhepunkt der tollen Sitzung war selbstverständlich der Auftritt des Kölner Dreigestirnes.

Die Bergischen Karnevalistinnen erlebten mehr als stimmungsvolle Stunden in den Satory Sälen und bewiesen den Kölnerinnen, dass auch die Bergischen FU'lerinnen karnevalssicher sind. (bf)



v.l.n.r.: Gabriele Stillger, Therese Rehn, Dorothee Schmitz, Birgit Fort, Linda Stillger (Foto: privat)

50% Politik - 50 % Party

Die Junge Union Rhein-Berg konnte bei Ihrem Neumitgliederseminar am 12.03. viele junge und motivierte Neumitglieder begrüßen. Der Kreisvorsitzende Diego Faßnacht stellte ihnen den Aufbau und die Arbeitsweise der JU vor. Anklang fand vor allem das



JU-Chef Diego Faßnacht referierte über die JU

Grundprinzip der Jungen Union: 50 % Politik / 50 % Party! Erfreulich war vor allem das starke Interesse und Einsatzbereitschaft der Neumitglieder. (df)



Der Ausklang in geselliger Runde gehört dazu.

Senioren-Union Overath im Landtag

Gleich zu Jahresbeginn ging es schon wieder los: Die Senioren-Union Overath war in Düsseldorf nicht nur Gast von Rainer Deppe MdL im Landtag, sondern auch von Heinz Soth, dem Landesgeschäftsführer der Senioren-Union NRW, in der Landesgeschäftsstelle am Schwanenspiegel, ganz in der Nähe des Ständehauses, wo 1947 der Landtag von NRW seine Arbeit aufgenommen hatte.

Heinz Soth, inzwischen auch altersgemäß einer von uns, sprach mit uns über die Arbeit

Rudolf Preuß viele Jahre angehört hat und der diesen Besuch vermittelt hatte. Soth konnte den CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen zu dem Treffen mit uns gewinnen, und der legte gleich los, temperamentvoll und bis in kleinste Einzelheiten informiert. Sein Thema waren die Sylvesternacht in Köln, die Rolle der Polizei dort und die, sagen wir, Zurückhaltung des Innenministers und des Justizministers in dieser Sache und bei der Strafverfolgung. Auch er stellte sich unseren vielen Fragen, und



Die Senioren-Union aus Overath besuchte Rainer Deppe im Landtag in Düsseldorf (Foto: privat)

unseres Landesverbands, der mit ca. 25.500 Mitgliedern der weitaus größte im Bundesgebiet ist. Er stellt den Bundesvorsitzenden, Professor Dr. Otto Wulff, und den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Leonhard Kuckart. Soth koordiniert die Arbeit des Landesvorstands, dem unser früherer Vorsitzender

man merkte, mit welchem Engagement er seine Aufgabe wahrnimmt. Er und Heinz Soth haben sich offensichtlich über unseren Besuch gefreut, auch, weil wir wohl der einzige Stadtverband sind, der bisher dort war.

Vielen Dank, Heinz Soth und Bodo Löttgen! (hgw)

Senioren-Union Rösrath wählte neu

Auf der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der Senioren-Union Rösrath stand die Neuwahl des Vorstandes an. Frau Gabriele Mauer schied aus dem Vorstand aus,

Michael Hähnel bestätigt.

Hans-Reinhold Drümmen wurde als Vorsitzender und Paul Kraus als sein Stellvertreter einstimmig wiedergewählt.



weil sie sich auf ihr Amt als Vorsitzende des Seniorenbeirats der Stadt konzentrieren will.

Alle anderen Vorstandmitglieder wurden durch die Versammlung in ihren Ämtern bestätigt. Als Schatzmeister fungiert Gottfried Heller und als Beisitzer wurden Karin Griefsmann, Erhard Büscher, Dieter Henning und

„Dieses Abstimmungsergebnis ist ein schönes Dankeschön und Verpflichtung zugleich für die zukünftige Arbeit“, meinte Drümmen. Neu in den Vorstand gewählt wurden Brigitte Feistel als Schriftführerin und der frischgebackene Rentner Wolf-Dieter Thorwart als Beisitzer. (hrd)

Faszination Chemie bei der Senioren-Union

Die Senioren-Union Bergisch Gladbach hatte am 20. Januar 2016 zu ihrem traditionellen Mittwochstreff in den Gronauer Tannenhof Dr. Ulrich Bornewasser eingeladen unter dem Motto Chemie.

Unser Vorsitzender Manfred Klein begrüßte Dr. Ulrich Bornewasser, Leiter Kundenkommunikation/Fachpresse des Unternehmens Currenta und hieß ihn herzlich willkommen.

Dr. Bornewasser erklärte seine Überraschung über die hohe Teilnahme von Besuchern zum Thema Chemie. Er nahm seine Zuhörer sofort mit in die Materie und fragte in die Runde, ob denn Chemiker, in der Chemie Tätige oder Chemielehrer im Saale seien. Sie würden sich ja auskennen. Aber eine Frage des Gewissens, wer erinnere sich noch

an die Chemiestunde während der Schulzeit? War das ein Lieblingsfach? Wer mochte Chemieunterricht? Erinnern wir uns an den Film Feuerzangenbowle. Aber keine Angst, ich werde Sie nicht mit Formeln überhäufen.

Dr. Bornewasser erklärte Chemie und Naturwissenschaften sind sein Lebensinhalt. Er demonstrierte anhand von Fotos kleine Experimente mit Kindern, um sie schon sehr früh für Chemie zu begeistern. Es folgte eine Einführung in die Welt der Farben. Lehrsätze wie „Farbe entsteht, wenn Licht auf Materie trifft“ und Erklärungen wie ein Regenbogen entsteht oder, wie erklärt man die Farben des Federkleids eines Pfau. Er schlug einen großen Bogen von der Steinzeit über das Mittelalter bis hin in unsere heutige Zeit. Schon immer benötigte

der Mensch Farben aus verschiedenen Anlässen, ob aus Naturprodukten, Organismen oder aber aus Chemie. Prozesse zur Herstellung von Farbe wie durch Fermentierung, Pigmentieren und Oxidieren erklärte Dr. Bornewasser verständlich. Aus allen Erdteilen wurden Rohstoffe für die Herstellung importiert wie Ultramarin, Pigmente der Schildlaus und Indigo.

Die Chemie entwickelte sich weiter, Erdöl und als Nebenprodukt Teer sowie Leuchtgas (hergestellt in Fabriken in Döbeln an der Mulde) und Chlor wurden gebraucht. Große chemische Unternehmen wie z.B. die IG Farben entstanden. Die Welt nutzte fossile Energieträger.

Eine neue Zeit der Nutzung nachhaltiger Energien entsteht. Sonnenenergie, Windenergie, Wasserkraft und Geothermie sowie Bioenergie. Auch für die heutigen Anforderungen benötigt man neue und effiziente Produktionsstätten, Beispiel: Industrieparks und hier der Chempark in Leverkusen oder in Dormagen als Verbund vieler Einzelproduktionsstätten zur Herstellung von Endprodukten zum Beispiel Kunststoffe. Ein Kernsatz gilt: Ohne Chemie gibt es keine nachhaltige Energie. Zur Entwicklung dieser neuen Energien benötigt die Industrie Akzeptanz, Rechts- und Planungssicherheit.

Klein bedankte sich, auch im Namen der Besucher für den spannenden und interessanten Vortrag. Dr. Bornewasser lädt die Senioren-Union zu einer Besichtigungsfahrt ein mit anschließender Bewirtung. (wl)



Gut besucht trotz - oder gerade wegen des Themas? Der Mittwochstreff der Senioren-Union GL (Bild: privat)

Mitglieder werben Mitglieder

Mitglieder der CDU können ihre Ideen, ihre Vorstellungen und ihre Lösungsvorschläge einbringen. Sie setzen sich für ihre und unsere Heimat ein. Nur mit vielen interessierten Mitgliedern bleiben wir eine lebendige Volkspartei.

Mit einer Mitgliedschaft wird man Teil unserer (starken) Gemeinschaft. Und wer kann das besser vermitteln, als Sie, unsere Mitglieder? Also, worauf warten Sie noch? Sprechen Sie Freunde und Bekannte, Nachbarn und Arbeitskollegen an. Werben Sie für die CDU als stake Kommunalpartei. Machen Sie mit bei unserer **Mitglieder-**

werbeaktion. Jeder, der mindestens ein Neumitglied im **Zeitraum 1. Januar bis 3. November 2016** wirbt, nimmt teil. Auf der Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Bundestagskandidatin oder des Bundestagskandidaten am 4. November 2016 in Odenthal prämiieren wir **die besten drei Werber** und den **Stadt- oder Gemeindeverband mit den meisten Neumitgliedern.** Und unter allen, die mindestens ein Neumitglied im Zeitraum geworben haben, verlosen wir einen **Sonderpreis.** Was es zu gewinnen gibt, wird heute noch

nicht verraten. Mehr dazu in der nächsten CDUinform. **Mitgliedsanträge** gibt es in ausreichender Zahl im CDU-Center. Wer online auf <http://mitglied.cdurbk.de> Mitglied wird, muss nur das Feld „Werber“ korrekt angeben. Im April schicken wir jedem Mitglied auch einen Mitgliedsantrag mit einem entsprechenden Hinweis zu.

Für Fragen steht unser Mitgliederbeauftragter zur Verfügung:

Lennart Höring

☎ **0163 7727776**

lh@cdurbk.de

<http://mitglied.cdurbk.de>

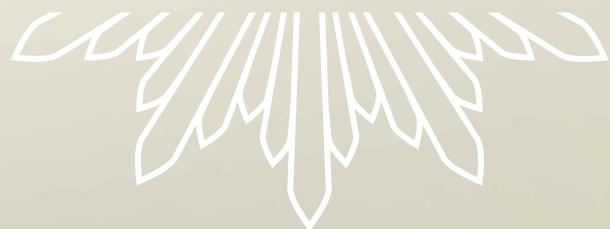


*Unsere Polizei ist da,
damit wir uns sicher fühlen.*



*Respekt & Anerkennung
für unsere*

POLIZEI



Eine Initiative der



CDU